

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Ausstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

## Wir wollen keine Klostersuppen.

Mit bleiern Klügeln hat sich vor Jahr und Tag schwere Not über das Land gesenkt. Der ungeheure Druck will nicht weichen, immer mehr schwillt die Zahl der Arbeitslosen, immer fürchterlicher wütet der Hunger in den Eingeweiden des Proletariats. Der Winter, der niemals noch ein Freund der Armen war, der in dünnen, verschliffenen Kleidern das Antlitz und den Leib des Elends mit grauen Farben und in erschütternder Nachtzeit malt, hat diesmal den wider Willen Feiernden die letzte Kartoffel, das letzte Scheit Holz genommen. Eine ganze große Armee hungert und friert — und verhungerte und erfrore, wenn nicht Brüder und Schwestern sich fänden, die den eigenen schmalen Bissen teilen, um den noch größeren Hunger zu stillen. Wer von den vielen hunderttausend Arbeitslosen keine Unterstützung mehr durch seine noch arbeitenden, selber schwer darbedenden Klassengenossen erhalten kann, wer kein Almosen findet oder keine Betteluppe nehmen will, der geht in diesem fürchterlichen Winter vor die Hunde. Diese Tatsache allein schmiedet die laueste Anklage gegen die Gesellschaft und gegen den Staat, der da eingeseht ist, um jene zu verkörpern.

Wer anders als der Staat, als die Gesellschaft, hätte die verdammte Pflicht und Schuldbigkeit, in der Zeit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit jenen zu helfen, die durch ihrer Hände Arbeit Staat und Gesellschaft erhalten und die nun ohne ihre Schuld und gegen ihren Willen stillstehen und hungern und frieren müssen? Der Staat, der seine Bürger doch so sicher zu finden weiß, wenn er sie braucht, er erinnert sich jetzt der Notleidenden nicht oder aber — und dies scheint das Zutreffende zu sein — er verächtlich gewaltig Augen und Ohren, um die Kammerbilder nicht zu sehen, die Klageklänge nicht zu hören und nicht helfen zu müssen. Der tschechoslowakische Staat und seine Regierung haben gegenüber dem unbeschreiblichen, weil riesengroßen Elend des arbeitslosen Proletariats vollkommene Versäufnis. Nur wenig wurde zur Linderung der proletarischen Not versucht und soviel wie nichts wurde getan. Dieweil sich die — Gott sei's geklagt — regierenden Männer in Prag über die Stärkung und Festigung der millionenverschlingenden Armee und über republikanische Gehege ihre Köpfe zerbrechen, wird diese Republik von innen heraus durch den heißen Hunger der Arbeitslosen angegriffen. Am Grabschein und im Rudolfinum merkt man die Not nicht, aber draußen, in den Städten und Dörfern Deutschböhmens schreit sie durch alle Gassen. Die Gewerkschaften geben den Arbeitslosen, was nur immer möglich ist. Aber schon lange sind sie am Grunde ihres Säckels angelangt, denn während sie seit fast zwei Jahren Unterstützungsgelder auszahlen, wächst die Zahl der Bedürftigen immer weiter und in gleichem Maße nimmt natürlich die Zahl jener ab, die noch Beiträge leisten. Immer neue Opfer der Krise mühten von den Gewerkschaften unterstützt werden und jene, die schon viele Monate um Arbeit kämpfen, werden von der gewerkschaftlichen Unterstützung ausgeschlossen, da die Gewerkschaften die Unterstützung jedem einzelnen nach ihren statistischen Bestimmungen nur eine beschränkte Anzahl von Wochen zahlen und länger zu zahlen ja auch nicht imstande sind. Ein Jahr lang zahlt der Staat dem Erwerbslosen wöchentlich ein paar lumpige Kronen; sind die zwölf Monate vorüber, mag er sehen, wie er zu einer Mahlzeit kommt.

In dieser entsetzlichen Notlage mußte für die Arbeitslosen, die der Staat so schmachlich im Stiche gelassen hatte, alles mobil gemacht werden, was ihre Not nur irgendwie lindern konnte. Die Vertreter der Arbeiter in Gemeinden und Bezirken mußten, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, Subventionen für die Arbeitslosen zu erwirken trachten und in vielen Städten werden von den autonomen Körperschaften große, dankenswerte Aktionen durchge-

## Belagerungszustand im Ruhrgebiet.

Schärfste Zensur. — Fürchterbare Not im Anzuge.

Berlin, 29. Jänner. (Eigenbericht.) General Degoutte hat den Belagerungszustand im besetzten Gebiet verkünden lassen, die Uebertretung der Vorschriften wird mit fünf Jahren Gefängnis und Geldstrafen bis zu zehn Millionen Mark bestraft. Jede Neuzensur der öffentlichen Meinung unterliegt der strengsten Zensur. Die Absperrung ist bereits durchgeführt, doch hat man noch keine Zolllinie geschaffen. Die Truppen richten sich auf eine lange Dauer der Besetzung ein. Die deutschen Bahnbeamten sind bemüht, alle leistungsfähigen Lokomotiven aus dem besetzten Gebiet in das Reich abzuschleppen. Der arbeitenden Bevölkerung des Ruhrgebietes droht durch die Besetzung und durch den Wucher der besitzenden Volksgenossen härteste Not.

### Der Eisenbahnerstreik.

Koblenz, 28. Jänner. (Havas.) In Trier ist ein teilweiser und in Koblenz ein nahezu allgemeiner Eisenbahnerstreik ausgebrochen. Im nördlichen Industriebecken ist der Eisenbahnerstreik fast vollständig, doch sichern französische Eisenbahner den Betrieb. Im südlichen Teile des Industriebeckens ist der Streik ein teilweiser. Auf dem Bahnhof in Düren, wo die internationalen Züge durchfahren, häufen sich Sabotageakte. Der Bahnhof ist gegenwärtig mit Zügen verstopft. Französische Eisenbahner machen die Strecke frei. Einige Sabotage treibende Personen wurden verhaftet und ausgewiesen. Es ereigneten sich einige Zugentgleisungen, welche die Deutschen der Ungeschicklichkeit der französischen Eisenbahner zuschreiben. (Die Meldungen illustrieren das Bestreben der Franzosen, den Eisenbahnerstreik zu einem vollständigen zu machen, um unter diesem Vorwande die deutschen Eisenbahner auszuweisen und so die Bahnen in ihre Hand zu bekommen. D. Red.)

Zur Stilllegung des Eisenbahnverkehrs in Aachen erzählt das „W. T. B.“, daß auf dem Bahnhofe Maschinengewehre aufgestellt wurden. Da alle Verhandlungen zwischen dem Personal und dem Bahnhofsinspektoren ergebnislos blieben, hat das Personal die Dienststellen verlassen.

### Immer wieder Verhaftungen.

Essen, 29. Jänner. (Wolff.) Die sechs Vertreter der Beamenschaft des Post- und Telegraphenamtes, die eine schriftliche Erklärung, sich den französischen Anordnungen zu fügen, abgelehnt haben, wurden sofort verhaftet und, unbekannt wohin, fortgebracht. Infolge dieses Verhaltens der Franzosen hat das Personal des Post- und Telegraphenamtes die Arbeit sofort niedergelegt.

Den Vertretern der Essener Zeitungen wurde vom französischen Stabschef eröffnet, daß die bisherige Pressefreiheit aufgehoben wird.

Infolge des Einschreitens der französischen

führt, um die Arbeitslosen und ihre Kinder vor dem bittersten Hunger zu bewahren. Es sei nur nebenbei erwähnt, daß die Gemeinden, die da Pflichten nachkommen, welche der Staat als seine eigenen vernachlässigt, helfen, während sie selber in tausend Nöten sind, und daß gar nicht abzusehen ist, wohin diese Gemeinden, denen das Wasser selber bis zur Achse reicht, kommen werden, wenn sie ihre Defizite noch weiter durch Hunderttausende Hilfskronen für die Arbeitslosen belasten. Und doch — trotz aller Bedenken — sie müssen helfen, weil eben niemand Auge in Auge mit dem entsetzlichen Elend die Arme verschränken kann. Aber auch was Gemeinden und Bezirke geben, vermag nur wenig zu helfen. Private Sammlungen werden veranstaltet und die Vertreter des Proletariats, das es immer verschmähte, von Gnaden der Wohlthäter den Magen mit gespendeten Suppen und geschenktem Kaffee zu täuschen, können und dürfen dieser Bettelaktion nicht in die Arme fallen, ja müssen selber in unseren Zeitungen die Bitten um Freitische und dergleichen veröffentlichen, um so wenigstens dem einen oder dem anderen wieder für ein paar Tage zu helfen. Durch den mangelnden Willen und die mangelhafte Tätigkeit der Prager Regierung ist also ein Teil des Proletariats in diesem Staate zu den mittelalterlichen Klostersuppen hingedrängt. Alle die, die arbeiten wollen, aber nicht können, sind gezwungen, entweder sich wie Bettler auspeifen zu lassen,

Behörden sind weitere Eisenbahnstrecken von den deutschen Beamten stillgelegt worden.

In Dortmund wurde eine Reihe weiterer höherer Beamter, wie der Polizeipräsident, der Präsident der Oberpostdirektion und der Bahnhofsinspektor verhaftet. In Mülheim wurden der Leiter des Finanzamtes und des Zollamtes, beide ohne Angabe von Gründen, verhaftet. In Recklinghausen wurde der Oberbürgermeister festgenommen und sofort ausgewiesen, weil er sich geweigert hatte, die französischen Befehle auszuführen.

In Goerde fuhr eine Kompanie französischer Soldaten in mehreren Personenautos vor das Postamt vor. Sie drangen in die Wohnung des Oberpostleiters Tschander und verhafteten ihn um 4 Uhr früh aus dem Bette heraus.

Berlin, 29. Jänner. (Wolff.) Das Finanzamt von Bochum wurde von den Franzosen besetzt und sein Leiter Oberfinanzrat Schmidt sowie sein Stellvertreter Regierungsrat Grünwald verhaftet. Ferner wurde die dortige Reichsbank besetzt und Reichsbankdirektor Blumhof verhaftet. Die Beamenschaft legte darauf die Arbeit nieder. Auch die Bochumer Privatbanken haben zum Zeichen des Protestes geschlossen. Weiters wurde der dortige Leiter des Hauptpostamtes Faust verhaftet. Die französischen Truppen, die das Telegraphen- und Postamt besetzt hielten, sind abgerückt und haben dem Telegrapheninspektor Birle mit sich fortgeführt.

### Durchschneidung des Rheinkabels.

Düsseldorf, 28. Jänner. (Wolff.) Aus Essen wird gemeldet, daß die Franzosen bei Strefe und bei Düsseldorf das Rheinkabel durchgeschnitten haben. Der Regierungspräsident wird sofort wegen der Wiederherstellung mit den Franzosen Verhandlungen aufnehmen. Die Reparatur kann nur von deutschen Beamten vorgegenommen werden und diese verlangen die Räumung sämtlicher Umschaltstationen, die von den Franzosen besetzt sind.

oder aber zu verhungern. Tausende und Aber-tausende, die der Flut zu den Kaffeetischen er-leicht, leisten ihm nicht Folge. Denn im Pro-letariat lebt mächtiger als der Hunger der Stolz, in ihm wohnt gewaltiger oft als der Wille zum Leben die Scham. Viele, unge-zählte kommen nicht heraus auf die Straße, um sich eine warme Suppe schenken zu lassen, sondern bleiben stolz und schamvoll in ihren Quartieren des Grauens und des Elends, stel-len ihre fahlen Gesichter, ihre abgemagerten Glieder, ihre zerlumpenden Kleider nicht um ein Stück Brot zur Schau. Das mag auch mit ein Grund sei, daß die anderen, die Verant-wortlichen so wie die Nutznießer des kapitali-stischen Staates, das fürchterliche Antlitz des arbeitslosen, hungernden Proletariats noch zu wenig sehen. Aber wir warnen sie davor, sich in der eiteln Hoffnung zu wiegen, daß Stolz und Scham, Schweigen und Geduld ohne Ende seien. Nicht mehr lange wird sich das Proletariat dieses Staates mit wohlthätigen Spenden, mit Almosen und Freitischen zufriedengeben. Wir wollen keine Klostersuppen und keine Gnaden, wir wollen Arbeit und als ihren Ertrag ausreichend Brot für uns und unsere Kinder. Es ist hoch an der Zeit, daß jene, die diesen Staat repräsentieren, sich eines besseren besinnen. Tun sie es nicht, werden sie bald das erste Groslen vernehmen. Caveant consules — sie seien gewarnt.

## Der erste Akt.

Seit etwa drei Wochen stehen jetzt franzö-sische und belgische Truppen an der Ruhr. Es sollte eine zivile Expedition werden, so ver-sicherte die französische Regierung, und das Militär habe nur die eine Aufgabe, die zur Sicherung der Kohlenlieferungen nach dem Ruhrrevier entsandten Ingenieure vor allen Belästigungen zu schützen. Selbst wenn man dieser Versicherung Glauben schenken möchte, so ist seitdem der rein militärische Cha-rakter der Ruhraktion offenbar gewor-den; vor und hinter den vierzig Ingenieuren und Technikern breitet sich die militärische Macht Frankreichs wie ein ungeheurer Oel-sied aus. Die bürgerlichen Abgeordneten der französischen Regierung fanden bisher nichts zu tun, eine um so regere Tätigkeit entfalten die Militärs, und alle Schrednisse der modernen Kriegsführung sind über das besetzte Gebiet her-eingebracht. Da fehlt auch nichts an dem militärischen Bilde, von den Beschlagnahmungen und Requisitionen angefangen bis zum Belage-rungszustand und der Kriegsgeschichtsbarkeit. Und der Erfolg? Frankreich hat seit dem Einbruch in das Ruhrrevier so gut wie keine Kohle für Reparationszwecke mehr erhalten, da-für sind jetzt der französischen Kammer die ersten Kostenrechnungen für die Besetzung zuge-gangen, in Lothringen müssen die Hochöfen aus-geblasen werden, weil kein Ruhrkohle mehr ein-geht, der Frankenturs verschlechtert sich von Tag zu Tag, das französische Volk droht in die gleiche Verelendung hineingeworfen zu werden, der das mittel- und osteuropäische Proletariat seit Jahren schon zu erliegen droht.

Aber das war ja erst der erste Akt, so hören wir wieder von den französischen Im-perialisten; was bisher geschehen ist, diente nur der Vorbereitung, der Hauptschlag soll jetzt ge-führt werden. Und tatsächlich steigern die Mi-litärs ihre Anstrengungen ins Ungeheure, um das möglichst zu machen, was mit kriegerischen Mitteln niemals erreicht werden kann, nämlich die Reparationsleistungen Deutschlands bis zu dem von Frankreich gewünschten Umfange zu steigern. Ganze Armeekorps stehen bereits im Ruhrrevier, weitere Truppenmassen werden an seinen Grenzen zum baldigen Einmarsch bereit gehalten. Tausende von Zollbeamten sollen den Güterverkehr kontrollieren und die Steuerein-gänge mit Beschlag belegen, Eisenbahnertrup-pen das Transportwesen in Gang halten, und schließlich hört man, daß auch Arbeiter aus Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei unterwegs seien, um bei der Kohlenförderung da-bei zu sein. Das ganze Gebiet soll mit einer dichten Kollette umgeben werden, die Bevölle-rung will man mit einer neuen Währung zu-frieden stellen, die widerspenstigen „preussischen“ Beamten sollen ausgewiesen werden. Nur noch eine kleine Weile, so beruhigt man das franzö-sische Publikum, und die „produktiven Pfänder“ werden einen reichen Segen über Frankreich ausschütten.

Aber der französische Nationalismus hat diese Rechnung ohne das deutsche Volk und ins-besondere ohne die deutsche Arbeiterklasse auf-gestellt. Mit einer geradezu rührenden Naivität begegnen die militärischen Kommandeure dem Proletariat des Ruhrgebietes. Sie haben etwas von dem ungeheuren sozialen Gegenstand gehört, der zwischen den Fehdenbesitzern und den Fehdenarbeitern besteht, und sie glaubten wohl, daß das Ruhrproletariat in heller Begeisterung aus den Ketten des deutschen Kapitals in die Ketten des französischen Kapitals eilen werde. Die französischen Generale versprochen den Ar-beitern den Himmel auf Erden, wenn sie unter ihren Bajonetten arbeiten würden: hohe Löhne, gute Ernährung, weitgehende wirtschaftliche und politische Freiheiten. Aber der Ruhrarbeiter setzt diesen Versprechungen sein schärfstes Miß-trauen entgegen; er hat nun einmal den Mi-litarismus, mag er die preussische Biederhaube oder das französische Käppi aufhaben, er will nichts vom Imperialismus wissen, ganz gleich, ob er sich als Weltbeherrscher oder als Kultur-bringer drapiert. Und die Antwort des Ruhr-proletariats auf diese Lockungen war, daß es jede Förderung und jeden Transport von Koh-len für Frankreich und Belgien einstellte, so-lange französische und belgische Truppen das Land unsicher machen.

Das deutsche Volk hat den ersten Akt des Dramas an der Ruhr leidlich überstanden. Zwar hat sich die deutsche Baluta wieder we-sentlich verschlechtert und die Preise für alle Lebensbedürfnisse sind aufs neue um das Dop-pelte und Dreifache gestiegen. Aber die Kohlen-







scheint ihm nicht, daß durch die Errichtung einer selbständigen Republik eine vollkommene nationale Befreiung eingetreten ist. So befindet sich z. B. die Wirtschaft und die Armee noch nicht ganz in tschechischen Händen. Er tritt weiter für eine größere Ehrlichkeit ein. Daß aber dieser Herr selbst mit gutem Beispiel vorangeht, fällt ihm nicht ein, im Gegenteil ist von ihm bekannt, daß er während seines Urlaubes sowohl vom Staat-Professorengehalt, als auch von der „Narodni Politika“ den Gehalt eines Redakteurs bezog. Mit der Ehrlichkeit der nationalen Bewegung kann es also nicht gar so weit her sein. Der Organisationssekretär Franz Friedl, der, nebenbei gesagt, Leiter der Veranlagung der „Prager Anstalten“ ist, posant in die Welt, daß er in allen Prager Vororten und in allen Städten der Republik Anmelde- und informistische Hilfsaktionen für die „nationale Bewegung“ errichten wird, da das Prager Sekretariat, welches bekanntlich zusammen mit einer Besetzung in der Kitzlastraße betrieben wird, mit Arbeit überlastet sei. In die kleinen Orte werde er besondere Vertrauensleute entsenden. — Die Prager jugoslawische Kolonie, die sich um den „Jugoslawischen Kreis“ sammelt, hat eine Organisation der nationalen Bewegung geschaffen, die mit den tschechischen Partisten zusammenarbeiten will. Die jugoslawische Nation, so heißt es in einem Aufruf, leidet darunter, daß sie keinen einheitlichen Namen hat. Diesem „Leiden“ soll nun dadurch abgeholfen werden, daß sich die Jugoslawen künftighin „Slovenci“ nennen wollen. An der Spitze der Bewegung steht ein gewisser Dr. Heric.

Die Regierung wird der Hintabank auf die Beine helfen? P. Hlinka ist nicht nur Abgeordneter, sondern auch Bankfachmann. In Nosenberg in der Slowakei übt er einen gewaltigen Einfluß in der „Ludova Banka“ aus, welche in eine wacklige Situation geraten ist und die Regierung um Hilfe bittet. Kein Wunder! Die armen Einleger, hauptsächlich fromme Schächchen haben bei dieser Bank 46 Millionen Kronen hinterlegt, welche nun in Gefahr sind. Hlinka bittet nun — wie die „Rudoucnost“ meldet, — die Regierung um Hilfe für seine Bank. Im Hinblick auf verschiedene aufgelauchte Gerüchte hat er die Regierung, sie möge einen Kommissar in die Bank senden, der sich überzeugen sollte, daß alles in Ordnung ist. Der Regierungskommissar hat dies zwar bestätigt, hat aber auch gefunden, daß die Ludova Banka ziemlich Passivposten bei der katholischen Druckerei „Lido“ und bei der „Dobrovoľná robotnícka spoločnosť“ hat. Diese Passivposten gehen in die Millionen und sind geeignet, die armen slowakischen Sparer um ihr letztes zu bringen. Wenn es nicht zu einer Katastrophe ähnlich der mährisch-schlesischen Bank kommen soll, wird Hlinka seine Opposition aufgeben müssen, um die Bank zu retten.

Der Vollzugsausschuß der tschechischen fortschrittlichen Sozialisten teilt zu den Nachrichten über Veränderungen in der Koalition mit, daß ihm davon, daß auch die fortschrittlichen Sozialisten in die Koalition einzutreten eingeladen werden, nichts bekannt ist und daß auch privatim mit keinem seiner Mitglieder hierüber verhandelt wurde. Der Vollzugsausschuß hält es für notwendig, daß sich die Partei freie Hand behalte, schon aus dem Grunde, weil es notwendig ist, daß eine staatsbildende oppositionelle Partei bestehe.

Dr. Kramar erklärte kürzlich im Koalitionsausschuß, daß er sich wieder am politischen Leben regen betätigen wolle. Gestern meldete nun das Präsidium der nationaldemokratischen Partei, daß es Dr. Kramar an Stelle Dr. Rasins in den engeren Ausschuß der Koalition entsende.

**Der Parteitag der deutschen Kommunisten.**

Leipzig, 28. Jänner. (Wolff.) Heute mittags wurde im Volkshaus der Parteitag der kommunistischen Partei Deutschlands mit einer Rede Klara Zetkins eröffnet. Die geschäftlichen Verhandlungen beginnen morgen.

Und sein Haß — gebündelt durch schwacher Menschenhände Werk — ist entsetzt, furchtbar! Seine Hut lodert in ewigem, stetem, jähem Druß die Hölzer, und unter seinem Druß knicken dicke Stämme wie Streichhölzer. Wehe euch, armelige Menschenwürmer! — Die Last einer Welt drückt auf eure engen Gänge, die ihr durch den Berg euch errot — wehe, wenn die Stützen brechen! — Dann donnert die entsetzte Steinmasse dröhnend nieder — dann brechen gigantische Felsmassen über euch vernichtend zusammen, euch zermalmend und begrabend im stillen Steingrab tief unten in der Mutter Erde Schoß — —! Heimtückisch ist der Berg und voll Haß gegen die Menschen, die ihn gebändigt. —

Aber der Bergmann denkt nicht an die Gefahren, die ihn umlauern. Ihn sind sie Gewohnheit, tägliches Leben — der Alltag. Seine Arbeit ist ein unermüdlicher stiller Selbstenkampf gegen die Titanen dort unten — und furchtbar ist dieser stille Kampf mit seinem Schweigen! Ihn schreckt die Gefahr nicht, denn sie ist seine Gefährtin, jede Minute. —

Auffahrt, rasend, brausend. Wieder schwankt das tanzenbe Seil. Wie oft riß es, wenn aus dem Bauch der Erde, dem schwarzen Reiche der Finsternis kommend, der Bergmann schneidlich die Augen nach oben wandte, der Sonne entgegen — —? So ist der Berg — lauernd, voll Lüge — — und sein gieriger Verbündeter ist der Tod — —

**An die Arbeiter aller Länder!**

**Die Amsterdamer Kundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft.**

Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der zweiten Internationale (London) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Wien) sind am 26. und 27. Jänner 1923 in Amsterdam zusammengetreten, um die durch die militärische Besetzung des Ruhrgebietes geschaffene kritische Lage zu überprüfen.

In Uebereinstimmung mit den früher in Frankfurt (Feber 1922) und Amsterdam (Juli 1922) angenommenen und vom Weltfriedenskongress im Haag (Dezember 1922) bestätigten Resolutionen beurteilen sie auf das entschiedenste die militärische Besetzung des Ruhrreviers und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen zur Lösung der Reparationsfrage. Sie konstatieren, daß die Besetzung des Ruhrgebietes, die unter dem Vorwande des Wiederaufbaus erfolgt, in Wirklichkeit diesen Wiederaufbau erschwert und hinauschiebt, — nur einen Teil bilde des großen Kampfes der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs um den dauernden Besitz der wichtigsten Kohlen- und Eisenzentren. Die Arbeiterklasse ist heute ebenso wie im Kriege das Opfer dieser kapitalistischen Profitgier und ihr Interesse ist einzig die Bekämpfung der großkapitalistischen Absichten und die Herbeiführung eines wahren Friedens.

Sie bekräftigen neuerdings ihren Willen, durch Zusammenfassung aller Kräfte und im internationalen Zusammenarbeiten aller Völker am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Die gerechtfertigten an Frankreich und Belgien in den Grenzen des Möglichen zu leistenden Reparationen sind ein wichtiges Element dieses Wiederaufbaues. Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Öffentlichkeit aufmerksam auf die verheerenden Folgen der Besetzung des Ruhrgebietes, auf das unmögliche Regime, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt unterworfen ist und auf die daraus entstehenden Reime zu neuen Kriegen.

Sie stellen dieser Politik der Gewalt eine Friedens- und Verständigungspolitik entgegen, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht und beschließen:

1. Die Propaganda dieser Grundsätze in allen Ländern auf dem Wege der Presse, der Versammlungen und Demonstrationen zu verstärken.

2. Den ständigen Austausch genauer und zuverlässiger Informationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu organisieren, um die Bande des gegenseitigen Vertrauens, die die proletarischen Massen der verschiedenen Länder miteinander verbinden sollen, aufrecht zu erhalten und zu stärken.

3. In allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auszuüben, um sie dazu zu bringen, daß der Völkerverbund angerufen werde, in den vor allem Deutschland mit den gleichen Rechten wie die übrigen Länder aufgenommen werde.

Sie lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die wachsenden Kriegsgefahren und fordern sie auf, alle Kräfte einzusetzen, um die Pläne des Imperialismus und Kapitalismus zu vereiteln.

Sie warnen die Arbeiter aller Länder vor der Vergiftung durch die Lügen der bürgerlichen Presse, die ebenso wie im Kriege wieder begonnen hat, in allen Ländern, vor allem aber in Deutschland und Frankreich, Ungeheuerlichkeiten zu verbreiten. Besonders wenden sie sich gegen die Lüge, daß die Franzosen nur gegen die Kapitalisten vorgehen, während die Besetzung gerade die Arbeiterschaft schädigt, deren Organisationen die Pflicht Deutschlands zu Reparationsleistungen immer anerkannt haben und noch anerkennen und so die sicherste Garantie zur Herbeiführung eines wahren Friedens geben.

Sie stellen fest, daß die sozialistischen Organisationen in Frankreich und Belgien nachdrücklich und klar in den Parlamenten und in Demonstrationen gegen die Besetzung aufgetreten sind und alles getan haben, was angesichts der Spaltung der Arbeiterschaft und des hegemonialen Imperialismus möglich ist, um die Massen zu entschiedenem Auftreten zu veranlassen. Sie erklären, daß es ihre Pflicht ist, diese Bestrebungen fortzusetzen.

Im Interesse dieser Friedensgarantie und um das Reparationsproblem auf dem Wege friedlichen Vorgehens zu lösen und einer weiteren Zerrüttung der europäischen Wirtschaft entgegenzutreten, wird das Weltproletariat, insbesondere aber das französische und belgische Proletariat, aufgefordert, sich für den sofortigen Rückzug aller Truppen aus dem Ruhrgebiet einzusetzen; die deutsche Arbeiterklasse wird gleichzeitig aufgefordert, die deutsche Regierung zu zwingen, die ihr obliegenden Pflichten zu erfüllen.

Die Komitees der internationalen Organisationen stellen sich den Organisationen in den einzelnen Ländern zur Verfügung, um den Veranstaltungen in den einzelnen Ländern einen internationalen Charakter zu geben.

**Der Entwurf des Orient-Friedensvertrages.**

Lausanne, 29. Juli. (Hs.) Der Entwurf des Friedensvertrages ist gestern halbamtlich an die Abordnungen und heute morgens an die türkische Abordnung verteilt worden. Der Vertrag enthält 160 Artikel und nicht, wie kürzlich gemeldet wurde, 50, außerdem folgende acht Abkommen und Zusatzerklärungen:

1. Das Meerengenabkommen,
2. das Abkommen über die Grenzen Thrakiens;
3. Das Abkommen über das Ausländerregime in der Türkei;

4. die Erklärung Albanien bezüglich der Bezahlung der Ottomanischen öffentlichen Schulden; den;

5. Das Handelsregime mit der Türkei;
6. Die Erklärung des Waffenstillstandes;
7. Das Abkommen zum Austausch der Bevölkerung;
8. Das griechisch-türkische Abkommen zum Austausch der Kriegsgefangenen.

Die beiden letzten Abkommen werden morgen durch die Vertreter Griechenlands und der Türkei unterzeichnet werden. Bis jetzt bestehen noch keinerlei Anzeichen dafür, daß die türkische Abordnung einer sofortigen Unterzeichnung des Friedensvertrages günstiger gegenübersteht. Man neigt immer mehr und mehr der Ansicht zu, daß die Abordnungen sich schließlich für eine Vertagung einigen werden. In Alliertenzreisen glaubt man heute noch nicht voraussehen zu können, wie lange diese Vertagung dauern werde. Da aber die Türken gezwungen sind, die Kosten einer verlängerten Mobilisation zu tragen und weil sie lebhaft wünschen, daß die Räumung von Konstantinopel und Tschanal durch die britischen Truppen baldigst stattfindet, haben sie diesbezüglich eine besondere Ansicht. Falls sie eine Vertagung beantragen, die ausschließlich den Zweck verfolgt, ihnen die Unterzeichnung des Vertrages zu erleichtern, wird man ihrer Forderung unabweislich willfahren.

**Die Klust zwischen Türken und Alliierten.**

Lausanne, 27. Jänner. (Havas.) Zum Schluß der heutigen Konferenzung sagte Ismet Pascha die Einwendungen der türkischen Delegation zusammen und berief sich auf die Zeugenschaft der Weltmeinung, daß es ungerecht ist, auf allen Forderungen gegenüber der Türkei zu beharren, die legitimen Forderungen der Türkei aber nicht in Erwägung zu ziehen. Von paräkonstatietre, daß zwischen den Angeboten der Verbündeten und den Forderungen der Türkei eine vollkommene Meinungsverschiedenheit herrsche.

**Der Protest der italienischen Arbeiter.**

Die Mailänder „Giustizia“, das Organ der unter der Führung der Genossen Turati und Treves stehenden Unitarier, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 20. Jänner einen heftigen Protest gegen den durch die Ruhrbesetzung begangenen Friedensbruch Frankreichs, dem wir folgendes entnehmen:

Kein Herz kann ohne Mitgefühl bleiben bei dem Anblick eines Volkes, das, waffenlos, seine Freiheit und sein tägliches Brot verteidigt. Hier ist Widerstand Pflicht, weil er Lebensnotwendigkeit ist. Die Unmenschlichkeit eines Mächtigens, der, wie Sphod, sein Hund Fleisch aus dem Körper seines Schuldners schneiden will, läßt unser Blut vor Grausen erstarren. — Auf der anderen Seite gewinnt das Opfer an innerer Größe. Diese Arbeiter, die dem Feind, der ihr Land ausplündern will, den Gehorsam versagen, sind nicht nur die Schmiede des Reichtums, sondern die Verteidiger ihres in der Existenz bedrohten Vaterlandes.

Frankreich hat bei der Sache noch nicht einmal die äußere Form gewahrt. Ist sein Einmarsch ins Ruhrgebiet ein militärischer Eroberungszug? Frankreich hat dies von Anfang an geleugnet, um sich der jeweiligen Verantwortlichkeit des Kriegszustandes zu entziehen und weil es glaubte, ein rein administratives Vorgehen ohne Schwierigkeiten durchführen zu können. Und dann, als die Ausführung der Unternehmung nicht so glatt ging, wie es sich törichterweise eingebildet hatte, hat es den Ingenieuren Generale vor die Nase gesetzt und hat sich erlaubt, Befehle und Besehle ergehen zu lassen und Kriegsgerichte einzusetzen. Aber wenn kein Kriegszustand ist, wenn er nicht mit den gebührenden Formalitäten angesagt wurde, mit welcher willkürlichen Logik glaubt Frankreich nach den Rechten des kriegführenden Siegers befehlen zu können? Der Friedensvertrag deckt Deutschland unbedingt: es ist Frankreich, das den Vertrag bricht, indem es in das Gebiet eines nicht feindlichen Landes eindringt und sich anmaßt, dort Souveränitätsrechte auszuüben. Auch dies ist die Geschichte vom Friedensvertrag, der nur ein feines Papier ist!

Aber wenn uns fünf Kriegsjahre und drei Nachkriegsjahre auch alle Illusion über das sogenannte „Völkerrecht“ genommen haben und wenn gegen Verletzung dieses Völkerrechtes nur übrig bleibt, bei der Geschichte und bei der Zukunft Einspruch zu erheben, so bucht doch das menschliche Gewissen diese Verbrechen und den Protest dagegen. . . . Und es bucht auch den Haß, die tödliche Saat, die in neuen Verwidelungen aufgehen wird und in Kriegen, die die Ueberheblichkeit, die Begehrlichkeit und die blinde Torheit der Führenden am Schicksalshorizont heraufbeschwören!

**Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes gegen den Generalstreik.**

Berlin, 29. Jänner. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet aus Hamm: Die Betriebsräte der Bergarbeiterschaft aus dem ganzen Ruhrbezirk hatten sich gestern in Hamm verammelt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratischen Referenten lehnten nach wie vor jeden Generalstreik ab. Die bisher von der Bergarbeiterschaft eingenommene Stellung in der Abwehr soll weiter beibehalten werden. Diese Auffassung wurde von sämtlichen Teilnehmern der Konferenz geteilt. Eine angenommene Entschließung sprach sich gegen die Frankenkündigung aus. Die Bergarbeiterschaft erwartet von den Unternehmern sowie von der Regierung in der Lohnfrage das weiteste Gegenkommen.

**Die militärische Abschirmung des Ruhrgebietes vollendet.**

Berlin, 29. Jänner. (Wolff.) Nach einer Meldung der „Mittagspost“ aus Essen ist im Laufe des Sonntages die militärische Einkreisung des Ruhrgebietes vollendet worden. Eine Abspernung ist allerdings noch nicht vollzogen. Auch ist eine Zollgrenze noch nicht errichtet worden. Die Franzosen lassen die nach dem Osten gehenden Kohlenwagen zwar die Sperre passieren, kontrollieren aber Ort und Herkunft der Kohle, die Kohlenorte und die Menge. Mit der Einrichtung eines Zugverkehrs mit französischem Personal haben die Franzosen auch weiterhin keine Erfolge erzielt. Bis gestern hatten sie sieben Zugentgleisungen zu verzeichnen. Bei Duisburg wurde durch eine von französischen Einbahnern geführte Lokomotive ein Mädchen überfahren und getötet.

**Besetzung des Postamtes Düsseldorf.**

Düsseldorf, 28. Jänner. (Wolff.) Das Postamt Düsseldorf wurde heute vormittags von französischen Truppen besetzt und die Beamten und Beamtinnen zum Teile mit Gewalt aus dem Amt hinausgetrieben. Die Maßnahme wurde angeordnet, weil einige telegraphische Leitungen der französischen Zentrale geföhrt sein sollen.

**Uebersichten der Bergarbeiter.**

Berlin, 28. Jänner. In sämtlichen Stein- und Braunkohlenrevieren Deutschlands, aufgenommen das Ruhrgebiet, fanden gestern Revierkonferenzen statt, in denen, wie die Blätter melden, überall die Geneigtheit zutage trat, Uebersichten zu verfassen, um dem etwaigen Eintritt des Ausfallens von Ruhrsteinkohle entgegenzutreten.



### Monarchisten und Separatisten an der Arbeit.

Deutschland kämpft einen verzweifelten Kampf um die Erhaltung der Reichseinheit. In diesem Kampfe steht die Arbeiterschaft in erster Linie. Sie hat ihre ganze Kraft darauf konzentriert, den französischen Einfall in das Ruhrgebiet abzuwehren und den Bestand der deutschen Republik zu sichern. Zur selben Zeit aber gibt es Leute, die glauben, unter dem furchtbaren außenpolitischen Druck ihre innerpolitischen Ziele erlangen zu können. Trotz aller Demütis der bayrischen Regierung wollen die Alarmrufe aus der „Ordnungszelle“ nicht verstummen. Der Parteitag der Nationalsozialisten, in dessen Verlauf man die Standardabweichung vornehmen wollte, war nun endgültig gestillt. Inzwischen haben in München allerlei „Reichsgründungsfeiern“ stattgefunden. Der Exkronprinz Rupprecht ließ sich in öffentlicher Versammlung als „König Rupprecht“ begrüßen und nahm später von seinem Palais aus die Duldigungen „seines“ Volkes entgegen. Auch Ludendorff hat sich bei ähnlicher Gelegenheit vernahmen lassen. Er kündigte an, daß der „Furor teutonius“ aus zurückgehaltener Blut in mächtigen Flammen emporkochen werde, und beschwor seine Zuhörer, dafür zu sorgen, daß der friedricianische Wille das ganze Volk durchdringt. Die Einheitsfront ist nicht da, solange die betagte Vaterlandsliebe verboten, gehemmt oder bestraft wird.

Die Jagd der Nationalsozialisten auf die Entente-Kommissionen und die Zertrümmerung von Feindeslinien haben gezeigt, daß wenigstens in München schon der furor teutonius erwacht ist. Adolf Hitler will jetzt offenbar diese Stimmung ausnützen und den Kampf wagen. Der bayrischen Regierung, die einige Veranstaltungen der Nationalsozialisten verboten hat, hat Hitler daraufhin den Kampf bis aufs Messer angekündigt und erklärt, daß er keine Veranstaltungen unter allen Umständen abhalten wird.

Die standalösen Vorgänge am National-Feiertag in München haben der Welt gezeigt, auf welcher Seite die bayrische Polizei steht. Nach diesen Ereignissen muß man dem jetzt beginnenden Kampfe in München mit größter Besorgnis entgegensehen. Mit aller Deutlichkeit ist diesen Feinden der Reichseinheit oder deutschen Arbeiterschaft gesagt worden, daß deren Wille, das Deutsche Reich, die deutsche Republik zu erhalten, eisenhart ist, ganz gleich, ob Franzosen, Belgier, Kommunisten oder Faschisten ihr aus Leben wollen. „Wenn Herr Hitler — sagt der S. P. D. — den Kampf aufnimmt und unsern deutschen Brüdern an der Ruhr in den Rücken fällt, dann wird die deutsche Arbeiterschaft und darüber hinaus die ganze republikanische Bevölkerung ihre Kraft in so hohem Maße verstärken, daß sie den Kampf für die deutsche Republik auch noch gegen die bewaffneten Venden der Nationalsozialisten erfolgreich zu Ende führen kann.“

Auch die Separatisten wittern Morgenluft. Die bisherigen Mißerfolge der südhüringischen Loslösungsagitation halten die Drahtzieher nicht davon ab, weiter ihr lichtbeines Handwerk zu betreiben. Es scheint, daß jene Leute gerade die Inanspruchnahme der öffentlichen Aufmerksamkeit durch die Ereignisse im Ruhrgebiet benutzen wollen, um ungestörter ihre Umtriebe gegen das Land Thüringen fortzusetzen. Da auf dem Wege für die Loslösungsbewegung wenig erreicht werden kann, werden die verschiedensten Nachrichten und Gerüchte in Umlauf gesetzt, um Verwirrung in die südhüringische Bevölkerung zu tragen. Im Kreise Saalfeld u. P. wird, um der Bevölkerung die Absplitterungsbestrebungen schmackhafter zu machen, gesagt: Der Kreis Saalfeld soll zunächst einen neutralen Landesteil für sich bilden und dann auf die anderen thüringischen Kreise dahin wirken, daß sie sich in derselben Weise von Weimar lösen. Diese neue Aktion im Saalfelder Bezirk wird von Coburg aus geleitet.

Im Sonneberger Kreise versucht man, durch die Ausprägung von Alarmgerüchten die Bevölkerung zu beunruhigen, und dadurch der Abtrennung ihres Kreises von Thüringen geneigter zu machen. Man behauptet, daß von bayrischer Seite für Januar oder Februar d. N. ein Putsch geplant ist, der sich auch auf die angrenzenden thüringischen Gebiete ausdehnen soll. Seine Folge würde eine große Arbeitslosigkeit sein. Um den Putsch und die Arbeitslosigkeit abzumildern, sei die Lösung von Thüringen das Allheilmittel. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die übertriebene Mehrheit der südhüringischen Bevölkerung auch diese agitatorischen Winkelmzüge ablehnt. Die werktätige Bevölkerung Thüringens hat jedenfalls zurzeit andere Sorgen, als sich mit den Treibern gewisser Fabrikanten- und Agrarierkreise zu beschäftigen. Jeder Versuch, thüringisches Land den reaktionären Bayern anzuschließen, wird bei der Arbeiterschaft auf den bestigsten Widerstand stoßen.

### Programm des Arbeitsamtes.

Genf, 28. Jänner. (Schw. Dep. Ag.) Das Arbeitsprogramm des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes sieht u. a. vor: Die Tagesordnung und den Zeitpunkt der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1923, ferner die Behandlung des Begehrens nach Untersuchung der Lebensbedingungen der Arbeiter in den valaischen wachen Ländern, eine Enquete über die Kohlenkrise, weitere Vorschläge betreffend die zwischenstaatliche Kontrolle der Ein- und Auswanderung, die Probleme des Lehrlingswesens und des beruflichen Unterrichtes, die amtlichen Sprachen des Arbeitsamtes und das Budget für das Jahr 1923.

### Telegramme.

#### Rundgebung französischer Par. isten.

Paris, 28. Jänner. Die Kammergruppe zur Unterdrückung des Verbrechens der Krüge veröffentlicht durch die „Agence Havas“ das Protokoll ihrer gestrigen Sitzung, in dem sie verlangt, daß dem ständigen internationalen Gerichtshof in Haag die Aufgabe übertragen wird, den Völkerbund soweit zu vervollständigen, daß er als Mittel zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in Betracht komme. Sie fordert zu dem angegebenen Zwecke die französische und die alliierten Regierungen sowie den Völkerbundsrat und die Völkerbundsversammlung in ihrer gegenwärtigen Form auf, mit vereinten Kräften die Verwirklichung eines allgemeinen Völkerbundes anzustreben, dem ein Recht der Nationen und eine Weltverfassung zugrunde gelegt werden sollte. Letzterer solle legislative Rechtsprechung und Exekutivorgane vorsehen.

#### Ausnahmszustand in Bayern — jedoch nur gegen Linis.

Berlin, 29. Jänner. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages erklärte Abg. Hermann Müller-Franken (Sozialdemokrat) über die Vorgänge in Bayern, daß der Belagerungszustand nur gegen links angewendet werde und daß man dagegen die nationalsozialistischen Versammlungen gestattet und auch den öffentlichen Umzug nicht verhindert hat. Wenn diese ungleichen Praktiken aufrecht erhalten bleiben, so seien die schärfsten Auseinandersetzungen in und außerhalb Bayerns nicht zu vermeiden. Ferner verlangte Müller eine klare Erklärung der Regierung, daß die Reichswehr nicht vermehrt wird und Anwerbungen für dieselbe nicht erfolgen. Minister des Innern Doser erklärte, die Reichsregierung sei noch nicht im Besitze der amtlichen Informationen. Auch die bayrische Ausnahmeverordnung sei ihr noch nicht zugegangen. Bezüglich der Vermehrung der Reichswehr erklärte der Minister, daß die Reichsregierung an eine Vermehrung der Reichswehr nicht denke und daß sie jeden aktiven Gegendruck gegen Frankreich ablehne.

#### Geldsammlung der Gewerkschaften für die Ruhrarbeiter.

Amsterdam, 27. Jänner. (Wolff.) In der am 25. Jänner abgehaltenen Sitzung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen zu ersuchen, dem Vorbilde des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, der eine einmalige Spende von 150.000 Gulden zur Verfügung der Arbeiter des Ruhrgebietes gemacht hat, zu folgen und den deutschen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Befehle des Ruhrgebietes ansehnliche Geldbeträge zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll von dem Internationalen Gewerkschaftsbund im Einvernehmen mit dem deutschen Gewerkschaftsbund ausschließlich zur Unterstützung des proletarischen Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die militaristische und kapitalistische Unterdrückung verwendet werden.

#### Vorsteher Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 29. Jänner. Der Sechzehnerausschuß und die Hauptvorstandsmitglieder der christlichen Bergarbeiter beschlossen gestern einstimmig, zur Erzwingung ihrer Lohnforderungen die Arbeit niederzulegen. Auch der alte Verband der Bergarbeiter hat in einer gestern abgehaltenen Hauptkonferenz einstimmig beschlossen, in den Streik zu treten, der am 5. Feber beginnen soll.

#### Das Urteil gegen den Mörder Narutowicz bestätigt.

Warschau, 29. Jänner. Die Abendblätter melden: Präsident Wojciechowski hat das Todesurteil gegen den Mörder des Präsidenten Narutowicz Rieciadomski bestätigt. Der Termin der Urteilsvollstreckung ist noch unbekannt.

#### Luttig's aus'n Urgebirg.

Rei us'n Ruppgefall'n.

Heit war aa grüßer Tog für de Schul. Dr Schulinspektor hot' sich oaemaldt, um emol noch'n „Roch'n“ ze saah. Dr Lehrer hot' sich miet den Kinnern grüße Müß gaam. En aanei Dorfschul is dos gar nei ea leih. Sene drei schwachst'n Schüler — aa paar Gunge — ne Michel-Gottlieb, ne Bab'r-Christion und ne Schönherr-Christoph — hot' dr Lehrer besunmerich raagennem un' dan Gungen eiaichscharit: „Wenn der Herr Inspektor dich fragt, Gottlieb, an wem du glaubst, so antwortest du: „An Gott den Vater“, du, Christian, antwortest auf dieselbe Frage: „An Gott den Sohn, und du Christoph, gibst dem Herrn Inspektor zur Antwort: „An Gott den heiligen Geist“. Alle drei aber merkt euch noch, daß ihr an die Dreieinigkei Gottes glaubt, verstanden?“

Dr Herr Inspektor lom zer Klassenfür rei, begrüßet ne Lehrer und freget noch'r de Kinner noch dann un' gen. Ar hot' schon aa sei paar Frogeetaa un' aa meestens die richtig Antwort'n gefreiet. Ihe oder lam ar zen Gottlieb un' freget den ganz u'bermittelt: „Mei Sohn, glaubst du an Gott den Sohn?“ „Do gob dr Michel-Gottlieb ganz ruh'g zer Antwort: „Räää! An dan glaabt dar!“ und do drbei zeigt ar miet sen Finger uf'n Bab'r-Christion.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Brot oder Zeitung?

Wer in schwankender Zeit auch schwankend meint ist, der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter. Wenn man erst einmal die Massen der Arbeiter geteilt hat, dann wird man mit ihren Forderungen fertig.

Das steht fest, woe es nie gelungen, das Proletariat zu einigen, zusammenzuhalten, dann ginge es ihm heute sehr, sehr schlecht. Wer ungebüdig ist über unsern langsamen Fortschritt, dem fehlt geschichtliches Verständnis. Noch zu keiner Zeit haben Weltanschauungen, von der doch das ganze Leben umstellenden Bedeutung des Sozialismus in wenigen Jahren die Völker erobert. Selbst das Nachhelfen der Gewalt fördert da nichts, wie uns das sich rückwärts bewegende Sowjetrußland lehrt. Weltanschauungen wenden sich nicht an Muskeln, sondern an die denkende Vernunft. Feste Ueberzeugung und klarer Wille sind mehr wert als vorübergehende Strafgewalt. Sobald der Zeitpunkt da ist, von dem an man ein Neues dauernd begründen kann, muß es geschehen. Gegenwärtig ist wenig möglich. Wer das nicht einsieht, der wird unzufrieden. Da ist gerade die Presse nötig, mit ihrer stets wachsenden Kraft, stets neuen Anregung. Wir dürfen nicht einschlafen. Die gegenwärtige Zeit arbeitet auf allen Gebieten für den Kapitalisten, glänzend geradezu auf dem Gebiet der Presse. Der Kapitalismus strebt danach, sie völlig zu beherrschen, unsre Blätter gänzlich zu vernichten und so ohne Parlament, Regierung und Gesetz der Arbeiterbewegung das Genick zu brechen. Wenn das die Massen nicht verstehen, dann gelingt es. Denke dir eine Parlamentswahl ohne Presse für deine Notwendigkeiten! Nur die Gegner haben Papier in Fülle! Du kannst nichts machen! Deine ganze Kraft liegt allein im Zusammenhalt der arbeitenden Massen, ganz allein. Gehst du zu Bruch, dann bist du auf Jahrzehnte geliefert. Wer das nicht begreift, dem fehlt Vieles; wer es aber einsieht, der wird auch nicht ohne Not die Arbeiterpresse im Stich lassen. Er weiß, daß er sich im Stich läßt.

Geistige Nahrung, geistige Auffrischung ist ebenso notwendig wie Brot. Die Frau, die jetzt unsre Zeitung als entbehrlich ansieht, ist nicht etwa die bessere Rechnerin; denn wer die Kraft hemmt, die dem Aufschwung der Proletarier allein Flügel zu leihen vermag, der stärkt das Kapital der Feinde. Ich will die monatliche Ausgabe für die Zeitung nicht umrechnen in Butter, Putter, Eier, Bier, nein, ich halte unsre Genossen und Genossinnen für viel zu einsichtig. Wer nicht begreift, was auf dem Spiele steht, wer so oberflächlich ist, daß er heute keine alte Kampfenossin leicht hin mißsen kann, der gehört zu jenen Menschen, die gerne dort ernten, wo sie nicht säten. Es gibt kaum eine Bewegung, die so viel geistige Kraft nötig hat wie der Sozialismus, und wer ihm dienen will, Sorge, daß seine Kraft nicht erlahme. Sein geistiges Rüstzeug vernachlässigen, heißt den Gegner stärken. Wir müssen in fester Kette stehen, müssen uns stets daran erinnern, daß wir noch einen schweren Kampf vor uns haben und darum Opfermut bezeugen. Auf dich, Genossin, kommt es in dieser Zeit viel an; denn du führst in der Regel den Beutel des Haushalts. Höre, laß dich und deinen Mann nicht geistig verhungern, laß ihn nicht geistig fesseln, übergib nicht das Feld deinen Feinden! Damit sparst du nichts. Für den Tog vielleicht, nichts aber für deine Kinder.

Kann man noch?

Nein, man muß erst recht.

Wirtschaftliche Selbsthilfe der Studenten. Es gab einmal in Deutschland eine Zeit, in der die deutschen Hochschulen Stätten des Fortschritts und die deutschen Studenten Träger zukunftsstürmender Ideen waren. Lang ist es her. Vor dem Kriege schon und mehr noch in der Nachkriegszeit sind die deutschen Hochschulen als Rüsthöhlen der Reaktion überliefert geworden. Die Studierenden entstammten zumeist jenem Mittelstand, der zwischen sich und dem Proletariat eine breite Kluft errichtet hatte und der, selbst wenn er wirtschaftlich von Notizen bedrängt war, doch immer nur seinen Blick auf die Vergangenheit festete. Die Umschichtung der sozialen Verhältnisse, die sich infolge der Kriege im republikanischen Deutschland zeigt, hat zunächst auf die geistige Einstellung der Jünglinge der höheren Lehraufstalten nur noch verschlimmernd gewirkt. Welche Schichten des Mittelstandes sind wirtschaftlich enturzelt und ihr Nachwuchs ist zum Teil fanatisiert von der Hoffnung auf die Wiedererrichtung der Monarchie. Unvernünftig, die wirtschaftlichen Ursachen ihres Glendes zu erkennen, machen sie die Träger der Revolution dafür verantwortlich. Sicherlich wird es noch eine ganz geraume Zeit dauern, bis sich dem wirtschaftlichen und sozialen Umschichtungsprozeß auch ein geistiger Umschichtungsprozeß anreihen wird. Einstweilen ist die Zeit selbst sehr eifrig am Werke, die Anschauungen der studierenden Kreise zu verändern. Was früher zumeist als verächtlich abgesehen wurde, nämlich die Erwerbsarbeit der Jugend, das zeigt sich nun als Hebel des Fortschritts an unseren Hochschulen. Früher verließen

sich die Studenten lediglich auf den Geldbeutel des Vaters. Heute sehen sie sich zur Verarbeit gezwungen. Das mag sehr hart erscheinen und ist es sicherlich auch für diejenigen, die daran nicht gewöhnt sind. Uebrigens ist es grundsätzlich gewiß besser, wenn ein Bildungsgang ohne Abteilungen und Hemmnissen durchschritten werden kann. Aber so wie die Dinge einmal liegen, kann doch der eingetretene Zwang für die Studenten, sich die Mittel zum Studium ganz oder teilweise selbst zu erwerben, die Kluft zwischen Proletariat und Kleinbürgertum teilweise überbrücken. Zumal heute, da die Hochschulbildung noch immer nicht auf Grund der Auslese der Tüchtigen aus der Gesamtheit des Volkes durchlaufen wird, vielmehr auf Grund alter Traditionen, ist es nur begrüßenswert, daß die sogenannte bessere Jugend verpflichtet wird, sich wirtschaftlich frühzeitig selbst zu beschaffen. Interessante Zahlen darüber, daß dies möglich ist, werden von der Technischen Hochschule zu Dresden veröffentlicht. Von 1204 Studierenden haben tausend in den Jahren 1920-22 gearbeitet. Von diesen sind 875 als Werkstudenten anzusprechen, also als solche, die um des Verdienstes willen arbeiten. Von den tausend Arbeitenden sind etwa 60 Prozent ganz oder vorwiegend auf Erwerb zur Durchführung des Studiums angewiesen. Die Erwerbsarbeit wurde in der Landwirtschaft, sowohl wie im Bergbau, in der Industrie wie in staatlichen Büros, in Industriebüros wie in kaufmännischen Berufen verrichtet. Nur eine Minderzahl war als Unterrichtslehre tätig. Besonders bemerkenswert ist auch das Selbsthilfevermögen der technischen Akademiker. Die Mittel für den Studienbedarf, die an der Technischen Hochschule außerordentlich hoch sind, werden durch Großeinkauf verbilligt. Eine Büchervermittlung besorgt die leichtere Beschaffung der Hauptlehrbücher. Denselben Zweck dient eine Leihbibliothek. Für die leiblichen Bedürfnisse ist ein billiger Mittagstisch eingerichtet. Auch Abendbrot steht an der Lehranstalt zu einem mäßigen Preise zur Verfügung. Eine Kantine vermittelt den Verkauf von Lebensmitteln in kleinen Mengen. Ferner wird von den Studenten selbst eine Mineralwasserfabrik betrieben. Demnächst wird auch eine eigene Gärtnerei eingerichtet werden. Zahlreiche Werkstätten sind bereits geschaffen oder in der Einrichtung begriffen. So verfügt die Studentenschaft über eine gut ausgestattete Näh- und Stickstube. Die Errichtung einer Schusterwerkstatt und einer Bäckerei ist geplant. Um den Bedarf an Drucksachen zu decken, haben sich die Studenten sogar eine zwar kleine, aber immerhin maschinell eingerichtete Druckerei geschaffen. Eine Darlehenskassa hat durch die fortschreitende Geldentwertung allerdings mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Im großen ganzen ist jedenfalls das soziale Situationsverhältnis für die Studenten schon in recht beachtlicher Weise ausgebaut. Es mag sicherlich den Studenten der Technischen Hochschule im Gegensatz zu den anderen höheren Lehranstalten zu Gute kommen, daß hier jugendliche Personen vertreten sind, die immerhin mehr mit dem praktischen Leben Berührung haben, als diejenigen, die sich mit abstrakten Wissenschaften befassen. Immerhin dürften die in Dresden vorhandenen Verhältnisse auch auf anderen Universitäten heimisch werden. Lange noch wird es wohl dauern, bis die akademische Jugend mit freiem Blick das Leben zu meistern weiß und vereint mit allen andern Kopf- und Handarbeitern um die Verbesserung der Lebensexistenz der Allgemeinheit einzustehen gewillt ist. Aber so viel ist gewiß, daß der Zwang der Verhältnisse der den Studenten den Wert positiver Erwerbsarbeit zeigt, früher oder später tiefe erzieherische Wirkungen hinterlassen wird.

Patriotismus und Geschäft. Die Pariser „Liberte“ erzählt: Als unsere Soldaten nach Essen kamen, war natürlich ihre erste Sorge, sich mit Antikistarten zu versorgen. Sie muhten nicht; weit gehen: einige deutsche Burischen lam und boten ihnea Antikistarten zum Verkauf an. Wir haben ein davon vor uns. Sie stellt die Bismarck-Statue in Essen dar und trägt folgende Aufschrift in schlechtem Französisch: „Der berühmte eiserne Kanzler ist sehr traurig. Erinnerung an das besetzte Ruhrgebiet.“ In einer Ecke steht die Adresse der ehrenwerten Essener Firma, welche die Karte herausgegeben hat. Geschäft ist Geschäft. . . Soweit das französische Blatt. Aber was können die bürgerlichen Patrioten dafür, daß jetzt nicht mehr wie während des Krieges mit dem Patriotismus-Geschäfte zu machen sind? Man holt den Kapitalist, wo man ihn findet, ist das erste Gebot des Kapitalismus.

Protestversammlung gegen die Ruhrbesetzung in Dug. An der von der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Dug einberufenen öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 28. Jänner, in Dug beteiligten sich einige Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Bezirke. Abgeordneter Genosse Uhl besprach die Befehle des Ruhrgebietes durch die Franzosen, die einer Willkür des französischen Imperialismus darstellend und so die Möglichkeit eines großen Krieges wieder geschaffen hat. Der Friedensvertrag von Versailles habe Zustände geschaffen, die alle Länder auf das schwerste bedrohen. Durch die Friedensverträge wird Deutschland zu Leistungen gezwungen, die es mit seiner zerrütteten Wirtschaft überhaupt nicht erfüllen kann. Darunter muß auch die Industrie in der Tschechoslowakei leiden. In den meisten Staaten setzt sich bereits die Erkenntnis durch, daß die Friedensverträge geändert werden müssen, daß alle Staaten lebensfähig bleiben können. Auch die tschechische Regierung muß endlich für eine Aenderung der Friedensverträge eintreten. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft in jedem Lande hat die Aufgabe gegen die nationalsozialistische Verheerung der Völker anzukämpfen, die Massen zur Völkerverbrüderung

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.



zu erledigen und so die Regierungen aller Länder zu zwingen, dem Willen der Völker Rechnung zu tragen. Die Ausführungen des Genossen Uhl lösten oft lebhaften Beifall aus. Der stürmische Beifall am Schlusse der Rede bewies, daß unsere Genossen und Genossinnen vollständig hinter der Partei stehen und daß sie von keinem neuen Kriege etwas wissen wollen. Die Zustimmung zeigte auch, daß die Massen mit der jetzigen Politik der tschechoslowakischen Regierung nicht einverstanden sind. Der Vortragende, Genosse Schneider richtete zum Schlusse noch einige anfeuernde Worte an die Versammelten, in jeder bewußter Arbeit unserem Ziele zum Siege zu verbleiben.

**Zwischen Reichenberg und Prag.** Daß da ein Reichenberger im Schnellzuge, der nach Prag fuhr. Es war einer von jenen vielen Reichenbergern, denen der vierjährige Bestand der Tschechoslowakischen Republik noch nicht die „Staatsprache“ beigebracht hatte, denn daheim in Reichenberg — Pordoni! „Liberec“ — gibt es nicht einmal so viel Tausend Tschechen, als das Wort „Liberec“ Silben hat. Der Herr, der also da im Schnellzuge fuhr, verstand kein Wort tschechisch. Er konnte daher auch den Revisor, der in Mündengräß einstieg und tschechisch die Karten verlangte, nur höflich fragen, ob es sich um eine Revision handelt. Der Revisor entgegnete (nach der „Reichenberger Zeitung“): „Cui, oui, monsieur.“ Darob new, noch größere Verwunderung bei dem Reisenden. Doch das schönste kam zum Schluß. Der Reisende erlaubte sich nämlich den Einwand, daß die Beamten in den Zügen dem Publikum nach Vorschriften sprachlich entgegenzukommen haben und daß daher der Revisor eine deutsche Frage wohl auch deutsch zu beantworten hätte. Der Revisor erklärte auf diesen Einwand: „Hier nicht; das gilt bloß im gemischten Sprachgebiete.“ Dem Reisenden blieb nichts anderes übrig, als über die sonderbare Logik tschechoslowakischer Sprachverordnungen nachzudenken. Es blies ihm jedoch unbegreiflich, weshalb ein Bahnbedienter im deutschen Gebiet deutsch sprechen dürfe, im tschechischen Gebiet jedoch französisch reden müsse, um sich mit Deutschen zu verständigen.

**Der Dank der Arbeiterjugend Deutschlands.** Die Kreisorganisation Karlsbad des Sozialistischen Jugendverbandes sandte anlässlich ihrer Kreiskonferenz an den Verband der Arbeiterjugend-Bereine Deutschlands eine Sympathieerklärung wegen der Besetzung des Ruhrgebietes. Der Verband der Arbeiterjugend-Bereine Deutschlands hat nun auf diese Rundgebung mit einem Dankschreiben geantwortet, in dem hervorgehoben wird, daß die Bezirksorganisationen der Arbeiterjugend im Ruhrgebiet durch die Besetzung schwer getroffen wurden. Die Sympathieerklärung wurde den Organisationen im Ruhrgebiet übermittelt und auch als Zeichen des internationalen Brudergeistes in der Verbandspresse der Arbeiterjugend-Bereine veröffentlicht.

**Das Wüten der Tuberkulose im Bezirke Teitschen.** Bei der Sitzung der Bezirksverwaltungs-Kommission Teitschen am 26. Jänner hielt Genosse Rögler eine längere Rede, in der er über die Einrichtung der Kinderheime in diesem Bezirke berichtete und dann auch auf das Wüten der Tuberkulose im Bezirke Teitschen zu sprechen kam. Nach seinen Ausführungen hat die Tuberkulose im Bezirke Teitschen bereits so weit um sich gegriffen, daß es dort keine Gemeinde mehr gibt, in der weniger als zwölf Prozent der Kinder an Tuberkulose erkrankt wären. In den Industriegemeinden ist natürlich der Prozentsatz bedeutend höher. So sind in Politz 25, in Tysa 40 Prozent der Kinder lungentkrank. Die Tuberkulose hat in diesen Bezirken einen fürchterlichen Bundesgenossen, die Arbeitslosigkeit, erhalten, so daß der Bezirk danach trachten müsse, die Kinder in möglichst großer Anzahl an der Lufte unterzubringen. Zu diesem Zwecke werden mit dem deutschen Roten Kreuz seit Monaten Verhandlungen geführt.

**Arbeit für den Fiskus.** In der letzten Zeit häuften sich Fälle, daß Todesurteile durch den Obersten Gerichtshof bestätigt werden. So wurden Todesurteile in Brünn, Böhm.-Budweis, Mähr.-Odrau und Ung.-Prabisch vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Der Oberste Richter wird demnach, falls der Justizminister mit den bisherigen Hinrichtungsmaßnahmen weiter fortfährt, bald ausgiebige Arbeit zu leisten haben.

**Eine aufgelöste Versammlung der slowakischen Volkspartei in Eperjes.** Aus Eperjes wird vom 28. Jänner gemeldet: Heute vormittags fand hier eine Versammlung der slowakischen Volkspartei statt, an der die Abg. Hlinka, Jurita und Ondersa und Senator Klimko teilnahmen. Gleich zu Beginn der Sitzung machte sich unter dem Publikum eine große Unruhe bemerkbar und nach der Rede des Abg. Hlinka kam es zu stürmischen Kundgebungen zwischen den Anhängern der Volkspartei und der Opposition. Der Polizeikommissar löste die Versammlung auf und ordnete die Räumung des Saales an. Im Verlauf der Sitzung, die ungefähr 15 Minuten andauerte, kam es zu Zusammenstößen, wobei einige Personen verwundet wurden. In der Stadt herrschte sonst

**Protestkundgebungen im Karlsbader Bezirke gegen die Ruhrbesetzung.** Aus Karlsbad, 29. Jänner, wird gemeldet: Massenhaft ist die Arbeitererschaft dem Rufe der Kreisleitung gefolgt, um gegen die Besetzung des Ruhrgebietes und die Bedrohung des Friedens zu protestieren. In einer Riesensammlung sprach in Karlsbad Abgeordneter Genosse Hillebrand unter stürmischem Beifall. In Falkena u referierte gleichfalls in einer gut besuchten Versammlung Gen. Hillebrand. In Mariebad hatten sich trotz Schneeverwehungen 700 Arbeiter eingefunden, zu denen Genosse De Wille sprach. In Beiffen waren zu der Versammlung etwa 500 Arbeiter im Deutschen Hause erschienen; das Referat erhaltete Genosse Heinrich Kremsler. Der deutschen Arbeiterschaft wurden Sympathie Kundgebungen an den Berliner Parteivorstand übermittelt.

vollkommene Ruhe. Ein Teil der Exponenten wurde überreicht und es wird gegen sie das Strafverfahren eingeleitet werden.

**Merium ein Rinderhändler auf freies Fuß gesetzt.** Unser Preßburger Parteiblatt schreibt: Herr Josef Raab, der reiche Komotauer Rinderhändler, wurde gegen Kaution freigeselassen. Der Fall wird wiederholt sich. Der berüchtigte Sabist Julius Witz hat seine Freilassung dazu bemüht, um von der Slowakei einen englischen Abschied zu nehmen. Das schöne Beispiel reizt zur Nachahmung und wahrscheinlich wird Herr Raab auch nicht unglücklich bleiben. Mit die Slowakei kein freies Land... für reiche Rinderhändler?

**Tschechisch Pflichtgegenstand an Bürger-schulen.** Das Unterrichtsministerium hat — so meldet das „Prager Abendblatt“ — allen Ministerien den Entwurf der Durchführungsanordnungen zum neuen Schulgesetz vom 13. Juli 1922 zur Begutachtung geschickt. Ueber diesen Entwurf wird Mitte Februar eine interministerielle Konferenz beraten. Sodann wird der Entwurf dem Ministerrat zur Genehmigung vorgelegt. In den Durchführungsanordnungen wird u. a. angeordnet, daß in allen Bürger-schulen mit anderer Unterrichtssprache als der tschechischen diese Sprache gelehrt werden muß.

**Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose.** In Prag wird zu Pfingsten der erste tschechoslowakische wissenschaftliche Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose stattfinden. Die Einladung zu dem Kongreß wurde an alle wissenschaftlichen Institute sämtlicher medizinischen Fakultäten der Republik und an alle bekannten Forscher auf dem Gebiete der Tuberkulose versandt.

**Ermordung eines chinesischen Generals.** Nach einer Savasmeldung aus Shanghai bestätigt sich die Nachricht von der Ermordung des Generals Wen-Peng-Ping, der kürzlich zum Kommandanten der Truppen in Canton ernannt worden war. Der Mörder sei der Kommandant der Truppen von Kwangsi. Die Tat sei in einem Kriegerkate geschehen, den der Letztere einberufen hatte.

**Die Bluttat in den Böhmischauden.** Wie wir vor einigen Tagen meldeten, wurde der Häusler Kaspar, seine Frau und drei jährige Töchterchen in einer der Böhmischauden tot aufgefunden. Wie die bisherigen Erhebungen ergaben, handelt es sich unbedingt um einen Raubmord. Denn der Postbote Müller, der die Leichen vortrug, berichtet, daß die Leichen fürchterliche Verletzungen am Hinterkopfe aufwiesen und daß auch das Werdinstrument — eine Hacke — in der Stube aufgefunden wurde. Alle Schränke und Kästen in der Stube waren aufgerissen und der Inhalt durcheinander gewühlt. Es fand sich auch eine Fußspur, die vom Hause nach Norden führte, die aber durch den einwirkenden Schneefall verweht wurde.

**Wieder eine neue Spionagenaffäre.**

Prag, 29. Jänner. Amlich wird mitgeteilt: Am 15. Jänner wurde von der Bahnstation in Znaim ein Reisender angehalten, bei dem viel schriftliches Material, das zur antistaatlichen Propaganda bestimmt war, vorgefunden wurde. Es wurde festgestellt, daß der betreffende Reisende ein Emisär des Vereines „Aldeutscher Verband in Graz“ ist, der den Anschlägen aller von Deutschen bewohnten Gebiete an das Deutsche Reich propagiert und sich nach einem beschlaggenommenen Briefe rühmt, daß hinter ihm der ganze „Innenbund“, die gesamte deutschsprachige Studentenschaft und vor allem aber die ganze sogenannte „Selbstschutz- und Heimwehrbewegung“ steht. In demselben Briefe gibt der „Aldeutsche Verband“ zu, daß er im engsten Kontakt mit den bayerischen Organisationen stehe und so die Möglichkeit habe, zu verhindern, daß die bayerischen aktiven Kräfte nicht zu partikularistischen oder separatistischen Zwecken mißbraucht werden. Dieser Emisär sollte unter dem Deckmantel schelbar nicht anstößiger Vorträge, zu denen aber nur verlässliche Bekannte der gleichen Grundzüge Zutritt haben sollten, in verschiedenen Städten „Ueber die Mittel und Wege beraten“, wie die Arbeit des Vereines „Aldeutscher Verband“ in diesem „Entscheidenden Augenblicke“ von den „Brüthern in den Sudetenländern“ unterstützt werden könnte. Etwas näheres darüber brieflich mitzuteilen, sei selbstverständlich ausgeschlossen. Unter den beschlaggenommenen Schriftstücken wurden auch Beweise gefunden, daß der „Aldeutsche Verband in Graz“ auch eine Aktion eingeleitet hat, damit der, seinen Sitz in der Tschechoslowakischen Republik habende Verein „Deutscher Verband“ seine Mitglieder in den Vereinen „Aldeutscher Verband in Graz“ überführe und daß zu diesem Zwecke die Zweigstelle des Vereines „Deutscher Verband“ in Freiwaldau bereits mit jenem Grazer Verein in Verhandlungen getreten ist und ihm ein Verzeichnis der Zweigstellen und Vertrauensmänner des Verbandes „Deutscher Verband“ in Böhmen, Mähren und Schlesiens geschickt hat, mit denen der Emisär direkte Beziehungen anknüpfen sollte. Gegen diese antistaatliche Aktion sind die Verwaltungsbehörden, die mit der Aufsicht über die Vereine betraut sind, gemäß dem Vereinsgesetz eingeschritten. Bei dem Verein und den Zweigstellen des unpolitischen Vereines „Deutscher Verband“ wurden ebenso wie bei seinen Vertrauensmännern Hausdurchsuchungen vorgenommen und das Schriftmaterial und die Aufzeichnungen des Vereines sichergestellt. Nach den beschlaggenommenen Schriftstücken wurden an einigen Orten Vorbereitungen zur Einberufung von Beratungen getroffen, in denen der Emisär des ausländischen Vereines seine Sendung erfüllen sollte. Das weitere wird gemäß den Vorschriften des Vereins- und des Strafgesetzes verfolgt werden. Der betreffende Emisär wurde dem Kreisgerichte in Znaim in Untersuchungshaft eingeliefert. — Im Olmütz fanden am Samstag bereits Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des „Deutschen Verbandes“ statt.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Die Buschtiehrader Bahn — banteroit.**

Wir sind in der letzten Zeit infolge der Wirtschaftskrise an den finanziellen Zusammenbruch so mancher großer Unternehmungen gewöhnt worden, aber daß ein für Volkswirtschaft und Bevölkerung so bedeutendes Unternehmen wie die Buschtiehrader Eisenbahn, deren Hauptstrecke von Prag über Aladna, Komotau, Karlsbad nach Eger führt, finanziell nicht mehr weiter kann, ist doch ein Ereignis, welches die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit erregen muß. Für das Betriebsjahr 1921 betrug der unbedeutende Abgang etwa zwanzig Millionen Kronen, für das Jahr 1922, für welches die Rechnungen noch nicht abgeschlossen sind, kann man mit einem unbedeutenden Abgang von etwa 57 Millionen rechnen. Die Bahnverwaltung selbst führt dieses ungünstige finanzielle Ergebnis daraus her, daß durch die Unterbindung der Ausfuhr der Kohle aus dem Falkenauer Revier nach Deutschland und Oesterreich, eine der Haupteinkunftsquellen des Unternehmens, fast vollständig verstiegt und daß die großen Eisenwerke, die an der Buschtiehrader Bahn liegen, nicht arbeiten. Der monatliche Abgang beträgt gegenwärtig etwa zehn Millionen Kronen. Die Bahnverwaltung hat sich bereits im März des vorigen Jahres an die Staatsverwaltung mit der Bitte gewendet, es möge Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Verhältnisse der Buschtiehrader Bahn eingeleitet werden. Dieses Ansuchen wurde im Oktober zum zweiten, im Dezember zum dritten und mit einem dringenden Memorandum vom 20. Jänner 1923 zum vierten Male wiederholt. Eine furchtbare Situation droht insbesondere den Beamten und Arbeitern der Bahn. Wie die Generaldirektion berichtet, verfügt die Bahn augenblicklich nicht über die ausreichenden Mittel, um die zu Ende Jänner und in den ersten Tagen des Februar fällig werdenden Gehalte und Löhne zu den gewohnten Terminen voll zur Auszahlung zu bringen. Die Generaldirektion hat daher verfügt, daß alle wie immer gearteten Dienstbezüge, Gehalte, Löhne, Akkordverdienste, Orts- und Teuerungszulagen, welche in den Tagen vom 31. Jänner bis 5. Februar 1923 zur Zahlung gelangen sollten, bloß mit der Hälfte des Betrages ausbezahlt werden. Wann die zweite Hälfte zur Auszahlung gelangen wird, wird die Generaldirektion noch bekanntgeben.

Wir vermögen nicht zu entscheiden, ob die finanziellen Verhältnisse der Buschtiehrader Bahn derartig sind, daß sie zu einem so radikalen Mittel schreiten muß, wie es das ist, den Beamten und Arbeitern die Bezüge vorzuenthalten, oder ob nicht bei diesem Schritt die Absicht unterläßt, auf die Regierung einen Druck auszuüben. Jedenfalls ist es die Pflicht der Regierung, einzuschreiten und dafür zu sorgen, daß die Beamten und Arbeiter Gehalte und Löhne ausbezahlt bekommen, beziehungsweise der Buschtiehrader Bahn irgend einen Bankkredit zu verschaffen, der es ihr ermöglicht, die in den nächsten Tagen fällig werdenden Zahlungen zu leisten. Die Regierung muß aber nicht nur diesen Schritt tun, um den Beamten und Arbeitern zu ihren Gehältern und Löhnen zu verhelfen, sondern sie muß überhaupt trachten, den Verkehr auf den wichtigen Linien der Buschtiehrader Bahn aufrecht zu erhalten — sonst könnte es einmal geschehen, daß die Bahn den ganzen Bezirk einstellt und das Personal entläßt — und mit ihr analog dem Vorgehen der österreichischen Regierung gegenüber der Südbahn zu verfahren. Oder will etwa die Regierung die Bahn bewußt in den Konkurs treiben, um sie dann aus der Konkursmasse zu kaufen?

Zu der Angelegenheit erfahren wir noch: Samstag, den 27. d. Bericht der Generaldirektor der Buschtiehrader Eisenbahn Kotěra das Präsidium des Zentralvertrauensmännerrates zu sich und teilte nach Darlegung der kritischen finanziellen Lage, in der sich die Bahn befindet, mit, daß — wie wir oben berichteten — infolge der Kreditverweigerung seitens des Staates und der das Unternehmen bisher finanzierenden Bank (Zivnostenská banka) die Personalbezüge aller Art nur zur Hälfte ausgezahlt werden können. Auf Grund dieser Mitteilungen und der daraus für die Angestellten und Arbeiter der Buschtiehrader Eisenbahn entstandenen äußerst kritischen Situation begaben sich gestern das erweiterte Präsidium des Zentralvertrauensmännerrates und die Vertreter der Organisationen unter Führung des Abgeordneten Genossen Grünzner und des Abgeordneten Navrátil zum Eisenbahnminister und forderten die sofortige Ergründung von Schutzmaßnahmen seitens der Regierung für das in seiner Existenz bedrohte Personal. Nach eingehender Beratung mit den Erschienenen erklärte der Eisenbahnminister Stržibny, daß er sofort die Einberufung eines außerordentlichen Ministerrates verlangen werde und gab die Versicherung, daß er seinerseits alles, was in seinen Kräften stehe, tun werde, um bei den zu ergreifenden Maßnahmen das Personal der Buschtiehrader Eisenbahn vor Schaden zu bewahren.

**Ein Heller = 952 Mark.**

Berlin, 29. Jänner. (Eigenbericht.) Der Devisenkaumel an der Börse dauert an, ohne daß wirkliche Geschäfte abgeschlossen wurden. Die Mark ist gänzlich ein Opfer privater Spekulationen geworden. Heute notierte der Dollar 33.166, das englische Pfund 153.116, der Schweizer Frank 6.184 und die tschechische Krone 952.

**Der Kurs des Dinars und die tschechisch-slowakische Freundschaft.**

In den letzten Wochen ist der Wert des Dinars ständig zurückgegangen. Während man an der Prager Börse Anfang Dezember 100 Dinars für 44 Kronen kaufen konnte, betrug der Preis derselben Menge Dinars Anfang Jänner nur noch 35 und in den letzten Tagen gar nur 31 Kronen. Die jugoslawischen Finanz- und Wirtschaftspolitiker beschuldigen nun das tschechoslowakische Bankamt, daß es durch Abgabe von Dinars bewußt den Kurs der jugoslawischen Währungseinheit heruntergedrückt habe. Wie das Agrarblatt „Rijec“ schreibt, hat „das Bankamt des Finanzministeriums eine große Menge Dinars und anderer schwacher Valuten auf den Markt geworfen, damit der Fall der tschechoslowakischen Krone ausgehalten werde...“ Das Generalinspektorat bekam von den Börsen im Ausland dieselben Informationen. Mit anderen Worten, die Beschuldigung geht so weit, daß das tschechoslowakische Bankamt nicht nur in Prag, sondern auch an den Börsen von Zürich, London und New-York Dinars abgegeben habe. Die tschechische Regierungspresse tut infolge dieser Beschuldigungen sehr verstimmt und die „Prager Presse“ muß in ihrem sonntägigen Blatt mit einem Leitartikel ausdrücken, in dem versucht wird, die Behauptungen der slowakischen Wirtschaftspolitiker zu entkräften. Das genannte Blatt behauptet, daß in der Tschechoslowakei in letzter Zeit ein starker Bedarf nach fremden Devisen vorhanden gewesen sei, welcher der legalen Ausfuhr diene und daß diese fremden Devisen vom Bankamt nicht an den auswärtigen Börsen, sondern in Prag abgegeben wurden. Dabei habe es sich meist um hochwertige Valuten und nicht um Dinars gehandelt. Das Bankamt des Finanzministeriums habe sich angeblich auch bereit erklärt, den Jugoslawen durch den Leitartikel der Prager Presse mit beruhigen werden, ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls zeigt der ganze Streit, daß es mit unserer tschechischen Freundschaft mit Jugoslawien nicht weit her ist, wenn diese durch finanzielle Operationen des Bankamtes schon erschüttert werden kann.

**Der Verbandstag der tschechischen Metallarbeiter** findet in den Tagen vom 2. bis 5. Jänner in Prag, Gemeindegau, statt. Ueber Berichten stehen auf der Tagesordnung Reden über die Wirtschaftskrise, die sozialpolitische Gesetzgebung und die Betriebsräte.

**Aus der Metallindustrie.** Wie das „České slovo“ berichtet, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen reichsdeutschen und tschechoslowakischen Metallindustriellen statt, die der Aufgabe des vollen Betriebes der Freischäfter Erzwerke gelten.

**Die Teuerung in Deutschland.** Das Wochenpreisniveau der „Industrie- und Handelszeitung“ beträgt für die vierte Januarwoche 4081,08, also si. hen heute die Großhandelspreise in Deutschland im Durchschnitt auf mehr als dem 4000fachen Vorkriegsstand. Weniger stark spiegelt sich die Teuerung in den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes. Die auf den Stichtag des 25. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist von dem 21.31fachen am 15. Januar auf das 3286fache des Vorkriegsstandes emporgeschossen. In der gleichen Zeit stiegen die Lebensmittel von den 1703fachen auf das 2764fache, die Industriestoffe von dem 2931fachen auf das 4262fache, ferner die Inlandwaren von dem 1894fachen auf das 2872fache und die Einfuhrwaren von dem 3316fachen auf das 5360fache.

**Aussperrung von 37.000 Arbeitern in Schweden.** Aus Stockholm wird vom 29. Jänner gemeldet: Heute wird die Aussperrung von 37.000 Arbeitern in den Eisenwerken und Fabriken für Holzcellulose erklärt werden. Falls die Verhandlungen zur Schlichtung des Konfliktes zwischen den Arbeitgeberverbänden und der Arbeiterschaft zu keinem Erfolge führen sollten, wird auch hier mit dem 1. Februar mit der Aussperrung begonnen werden. Heute werden vor der Regierungsvermittlungskommission die Verhandlungen über die Beilegung des Lohnkonfliktes in der Holzindustrie aufgenommen werden.

**Devisenkurse.**

**Die tschechische Krone notiert in:**

Zürich	250.00	15.00/00
Berlin	952.00	952.00
Wien	2067.00	2067.00

  

<b>Prager Kurse.</b>		
	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1370.00	1374.00
100 Mark	375.00	1575.00
100 schweiz. Frank	645.75	648.25
100 Lire	165.00	169.50
100 franz. Franks	217.75	219.25
1 Pfund Sterling	160.25	161.75
1 Dollar	3455.00	3495.00
100 belg. Franks	200.00	210.50
100 Dinar	28.75	30.25
100 österr. Kronen	4.45.00	49.00
100 poln. Mark	0.75.00	0.12.50
100 ungar. Kronen	134.00	144.00

**Züricher Schlusskurse.**

	Geld	Ware
Paris	33.35/00	33.50/00
London	24.85/00	24.87/00
Berlin	0.0150	0.0165
Wien	25.35/00	25.50/00
Holland	211.00	211.50
Gen	0.0073	0.0075
Budapest	0.1975	0.2100
Prag	15.30	15.30
New York	5.3970	5.3770
Selbst	00.44	00.48
Wien	0.0175	0.0200
Wien gelt.	0.00/00	0.00/00



### Gerichtssaal.

#### Die verhängnisvolle „Sechse“ des Dr. Rosarius.

Prag, 29. Jänner. JMC. Karl Kohn, 53 Jahre alt, Mundan eines Prager Advokaten, ist Stammgast im Gasthause „U rohu“ in der Pratergasse in Prag. Dort, wie überall in Prag, kennt man ihn aber nicht unter dem Namen Kohn, sondern als Dr. Rosarius. Rosarius beschäftigte sich in seiner freien Zeit viel mit Kriminologie und anderen Dingen, die ja für die Gäste der Gast- und Kaffeehäuser einen Anziehungspunkt bilden. Dr. Rosarius ist darum eine berühmte Persönlichkeit und wird stets gefragt, was es neues auf der Welt geben wird. Dr. Rosarius weiß alles, denn aus den Sternen und den Karten kann er alles herauslesen. In der letzten Silvesternacht passierte ihm jedoch ein großer Malheur. Denn als er wieder in sein Stammlokal kam und nach der allgemeinen Lage und den zukünftigen Ereignissen befragt wurde, hielt er eine große Rede, in der er unter anderem ausführte: Mit dem Dr. Rosarius stimmt die Zahl nicht ganz. Die Zahl sechs in seinem Leben gefällt mir nicht. Rosarius ist im Jahre 1867 geboren, somit 56 Jahre alt und wohnt — o Schreck! — in der Zittngasse Nr. 6. Ist doch der Präsident der polnischen Republik Narutowicz auch an einem sechsten (Dezember) ermordet worden und sein Geburtstag fällt in das Jahr 1865. Darum wird Dr. Rosarius auch nicht lange leben.“ Als Dr. Rosarius diese Rede hielt, hatte er nicht bedacht, daß er sich eines Vergehens nach § 308 (Verbreitung von Reden, die eine Beunruhigung der Bevölkerung und Aufruhr herbeiführen können) schuldig machte. Heute hatte sich daher Dr. Rosarius, rechte JMC. Karl Kohn, vor einem Strafgericht unter Vorsitz des O. B. Sitta wegen Vergehens gegen § 308 zu verantworten. Bei der Verhandlung erbot sich Dr. Rosarius, Zeugen herbeizuschaffen, die bestätigen sollten, daß er nirgends eine solche Rede gehalten und sprach ihn frei. Der Staatsanwalt meldete gegen das Urteil Berufung an. Dr. Rosarius erklärte beim Verlassen des Gerichtssaales, daß er von nun mit der Wahrsagerin etwas vorsichtiger sein werde.

#### Furcht vor der Polizei.

Prag, 29. Jänner. Der Schiffer Josef Schlegler aus Prag-Dolleschowitz hatte sich heute wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu verantworten. Schlegler sollte im September des Vorjahres bei der Polizei erscheinen, kam jedoch nicht. Als zwei Polizeibeamte ihn abholten, lief er ihnen auf ein Schiff davon, so daß sie seiner nicht habhaft werden konnten. Am nächsten Tage sahen diese beiden Wachleute Schlegler in der Moldanagasse in Dolleschowitz und begannen ihn sofort zu verfolgen. Schlegler lief gegen den Bahnhof, froh dort unter den Waggonen durch und wäre wieder entwischt, wenn ihn nicht der Pfeilergehülfe Bukoski festgenommen hätte. Schlegler pagte daher im Laufe der nächsten Tage mit zwei Komplizen bei der nach Dolleschowitz führenden Moldanabridge dem Postkoffel auf und wollte ihn in die Moldau werfen. Bukoski schloß sich in den nächsten Tagen so verfolgt und bedroht, daß er nur unter Polizeiaufsicht in die Arbeit gehen konnte. Bei der heutigen Verhandlung wurde Schlegler mit zwei Monaten schweren Arterkers bedingt auf zwei Jahre verurteilt.

#### Oesterreichische Klassenjustiz.

Im Sommer des vorigen Jahres kam in PETERSDORF (Zielermarkt) ein Hilfsarbeiter zu dem Bauern Josef Dopf und ersuchte ihn um ein bißchen Mehl. Dopf schlug dem Arbeiter seine Bitte ab und ließ sich mit ihm in einen Streit ein, wobei er ihm einige Ohrspeigen verleihte. Der Hilfsarbeiter verließ nun das „gestrandete“ Haus und pfändete sich am Weg zur Strafe von einem Kirchbaum einige Früchte ab. Als Dopf dies bemerkte, lief er ins Haus, holte sein Gewehr und feuerte dem Hilfsarbeiter zwei Schüsse nach, die diesen an der rechten Hand und in der Bauchgegend schwere Verletzungen verursachten. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen diesen oesterreichischen „Menschenfreund“ die Anklage wegen Verbrechens der schweren Körperverletzung. Dopf erklärte vor dem Prager Einzelrichter, daß er in Notwehr (!) gehandelt habe und daß das Gewehr zufällig (!) losgegangen sein müsse, da er keine feindliche Absicht gehabt hätte. Der Richter wurde schließlich nach durchgeführter Verhandlung zu fünf Monaten Arterkers bedingt (!) verurteilt. Bei diesem unglaublichen milden Urteil ist zu erörtern, daß der Hilfsarbeiter mehrmals operiert werden mußte und heute noch nicht vollständig gesund ist. Der Staatsanwalt legte gegen das Urteil Berufung ein, da er das Strafmaß als viel zu geringe ansah.

### Kleine Chronik.

**Langlebige Mikroben.** Der englische Bezirksarzt J. B. Dr. Alexander erstattete dem Sanitätsamt kürzlich einen Bericht, in dem er als Ursache eines von ihm beobachteten Falles von Cholera ein Buch angab, das vor 20 Jahren von einem an Scharlachfieber erkrankten Patienten gelassen worden und seither unbenutzt im Vätererbhause der Familie geblieben war. Das Buch war sehr zeitlich irrtümlicherweise nicht desinfiziert worden und hatte die Krankheitskeime auf einen jungen Mann übertragen, der es nach 20 Jahren in die Hände bekam.

### Literatur.

#### Gewissen und Wehrpflicht.

Es ist der deutschen Öffentlichkeit und vor allem der deutschen Arbeiterschaft noch viel zu wenig bekannt, daß während des Krieges in England und Amerika etwa 12.000 Männer trotz der gesetzlichen Wehrpflicht organisiert den Seeresdienst verweigerten — aus Gewissensgründen religiöser, politisch-sozialistischer oder menschlich-ethischer Natur. Nicht etwa aus Drückebergerei. Der Staat machte es diesen Eigenwilligen so schwer, ihren Grundfragen treu zu bleiben, daß es weit weniger gefährlich und strapazios für die Kriegsdienstverweigerer gewesen wäre, den ihnen von der Regierung bereitwillig angebotenen Zivildienst zu leisten. Die Gewaltmethoden der Regierungen sorgten dafür, die wenigen Drückeberger aus den Reihen dieser aufrichtigen Pazifisten auszumergeln, und was zurückblieb, war eine Schaar unerfrohdener Männer und Frauen, die für ihre reine menschliche Ueberzeugung alles opferten — Vermögen, Beruf, Freiheit, Gesundheit, ja das Leben.

In Deutschland haben der Bund der Kriegsdienstgegner und seine radikal-pazifistischen Freunde durch Vorträge und die Verbreitung von Flugblättern und Broschüren — zu beziehen durch die Geschäftsstelle Berlin des Bundes der Kriegsdienstgegner, Charlottenburg, Ruchbaumallee 77 — auf das Problem der Kriegsdienstverweigerung im allgemeinen und auf die vorbildliche Haltung insbesondere der englischen Kriegsdienstverweigerer, im besonderen hingewiesen. In England aber erschien vor wenigen Monaten das umfangreiche Werk des Quäkers John W. Graham in dem freihändlerischen Verlage George Allen u. Unwin Ltd, London, unter dem charakteristischen Titel „Conscription and Conscience“ — Wehrpflicht und Gewissen —, denn es ist dem Staatsbürger, der seit einem Jahrhundert an die Wehrpflicht gewöhnt war, zunächst kaum auffällig, daß ein Gegensatz zwischen diesen Begriffen bestehen kann, bestehen muß — wohl aber dem Engländer, den nur die Kriegspolizei die zeitweilige Einführung der Wehrpflicht ertragen ließ.

Dieses Buch Grahams, ruhig, sachlich, nicht ohne Humor, stellt mit seinem naekten Tatsachenmaterial ein Menschheitsdokument dar, wie es erschütternder, schmerzlicher und erhebender zugleich kaum gedacht werden kann. Es ist mit der den Quäkern eigentümlichen Toleranz für den Andersmeinenden, den Gefinnungsgegner geschrieben, die eine außergewöhnliche Tatkraftverehrung verbirgt. Graham selbst war seines Alters wegen nicht wehrdienstpflichtig, aber er arbeitete in der Organisation der A. V., war ihr Vorstand bei den Gerichtsverhandlungen und besuchte sie als sogenannter „Quäker-Gesellschafter“ in den Gefängnissen und Zuchthäusern und ist also durch enge Mitarbeit und persönliches Miterleben mit dieser stärksten pazifistischen Bewegung, die die Welt bis jetzt gekannt hat, aufs engste verbunden und zu ihrem Geschichtsschreiber prädestiniert.

Das Buch enthält als Vorwort eine psychologisch-philosophische Auseinandersetzung mit dem Problem der Wehrpflicht von Clifford Allen, einem Führer der „No Conscription Fellowship“ (Genossenschaft gegen die Wehrpflicht). Sein Hauptteil aber ist eine genaue Schilderung der geschichtlichen Entwicklung dieser einzigartigen Bewegung, die von Fenner-Brodwan auf Anraten seiner Frau noch vor die Einführung der Wehrpflicht im Herbst 1914 begründet wurde und die schon nach wenigen Wochen 3000 Mitglieder zählte. Die gesetzliche Einführung der Wehrpflicht vermochte kaum die Propagandaarbeit des tapferen Häufleins, dessen Vaterland die Welt, deren Mitbürger alle Menschen waren, einzubünnen. Die Bewegung wuchs ständig an Einfluss und Mitgliedern, deren Zusammenhang so stark war, daß sie sich selbst nach dem Kriege, nach der Aufhebung der Wehrpflicht und der Auflösung der ursprünglichen Organisation zu neuer pazifistischer Arbeit in dem „No More War Movement“ zusammenschlossen.

Die englische Regierung ließ kein Mittel unversucht, den Willen der A. V. zu brechen. Sie erkannte zunächst formell das Recht des einzelnen an, aus Gewissensgründen den Seeresdienst zu verweigern, um dann durch militärisch besetzte Gerichtshöfe in den weitaus meisten Fällen die „Scheitheit“ der Gewissensgründe zu verneinen und die A. V. verurteilen zu lassen. Als harte Behandlung, schwere Gefängnisstrafen und zwar nicht vollstreckte, so doch verhängte Todesurteile erfolglos blieben, bot der Staat ihnen Zivildienst an mit einem Teilerfolge. Doch 800 Männer lehnten jedes Kompromiß ab und blieben dabei, daß jeder Dienst am Staat, während dieser Krieg führe, also ein Verbrechen beginge, ein Verrat an der Menschheit sei. Diesen Absolutisten gab erst das Kriegsende die Freiheit, 60 von ihnen starben während oder kurz nach der Gefängniszeit an deren Folgen.

Man verwechsle nicht: die englischen Kriegsdienstverweigerer waren keine Deutschfreunde, keine „heimatlosen“ Gefellen. Es waren Männer und Frauen — denn die Frauen hatten handelnd und leidend einen großen Anteil an der Bewegung — die nicht an die Gewalt glaubten, die den Zwang zum Dienst am Kriege als einen Zwang zur Beihilfe zum Mord ansahen und sich diesem Zwang mit aller Körperlichen und geistigen Kraft entgegensetzten.

Unbeschreiblich sind die Leiden, die sie zu erdulden hatten, unerträglich fast ihre Beschreibungen in Grahams Buch. Das Buch wäre in deutscher Uebersetzung eine wertvolle Erwerbung für unsere Jugendbibliotheken, denn es erzählt zum Zielbewußtsein, zur Opferfreudigkeit, zu Kraft und zur Liebe. Vorläufig sei auf die im Verlage Neues Vaterland erscheinende Broschüre „Die englischen Kriegsdienstverweigerer“ verwiesen, die in Kürze das gleiche Material bearbeitet.

M. Steinh.

### Kunst und Wissen.

#### Rudolf Schildkraut gestorben.

In Schildkraut hat die deutsche Bühne eines ihrer stärksten Talente verloren, aber freilich auch einen Mann, der sich nicht beherrschen konnte und deshalb aus jedem Ensemblespiel wieder ausschied. Er kam in den Neunzigerjahren aus der Provinz aus Wiener Raimundtheater und fiel hier zuerst durch die eigenwillige Gestaltung seiner Rollen und durch ein ungebärdig-fühnes Temperament auf. Aber sein Fach hatte er noch nicht gefunden, noch spielte er die Intriganten und Charakterfiguren gleichgültig welcher Tonung. Erst Reinhardt in Berlin stellte ihn ganz auf den rechten Posten und wies ihm die vom Leid geblendeten, in eine Manie verannanten, mit Gott und der Welt habenden Väter zu. Dem Schloß und Lear wußte er neue Töne und Farben zu leihen, wie er sie formte, brante etwas vom Leid des ewig umhergetriebenen Juden in ihrem Schmerz in ihrer Ekstase. Ob es für ihn ein Glück war, in Schalom Ach's Kinodrama ohne Film, dem „Gott der Rache“, die Verführung all dieses Judenlebens verdichtet zu finden, bleibe dahingestellt, wir glauben es nicht. Denn fast war es schon ein Konzertvirtuose, der sich hier betend, beschwörend und stufend an die freilich meisterhafte Gestaltung des unseligen jüdischen Bordellwirtes hingab, und wie einen Konzertvirtuosen ließ ihn sein Dämon fortob durch die Welt. Einer, dem es ein prächtiges Schicksal gegeben hatte, mit vollen Händen zu spenden, blieb zum Schluß in einem engen Kreis von Aufzügen gefangen, aber in der dankbaren Erinnerung Tausender wird der Schildkraut der besten Zeit fortleben: ein geniofer, mit unfehlbarem Instinkt formender, mit kritischem Scharfblick seine Rollen erfassender Künstler.

**„Der blaue Vogel“.** Das zweite Programm des Berliner russischen Kabarets, das Samstag nachts im Prager Neuen Theater vorgeführt wurde, verstärkte den Eindruck der ersten Darbietungen aufs glücklichste. Wieder tauschte einen zwei Stunden lang ein anmutig-heiteres Spiel der Phantasie über das trübe Dunkel unserer Zeit hinweg, Aug und Ohr dursteten sich, ohne zu fragen was zu kritisieren, einem harmlosen Genuss ganz hingeben. Die Stimmung des Stromes, dessen Ufer entlang kräftige Männer Schiffslasten ziehen, lag schweremütig und materisch über den „Gurlak“, eine ebenso melancholische, doch süße Note über der „Lezten Gavotte“. Die „deutsche“ und „russische Arie“ und der „Wanderzirkus“ wurden dem Bedürfnis nach übermütiger Lustigkeit gerecht, kurz, alle Töne klangen voll und wirksam an, und dem Direktor Juhnjij wäre vielleicht zu wünschen, daß er in sein unterhaltendes Wigrepertoire als Konferecie etwas mehr Abwechslung hineinbrächte. Man begegnete gar zu vielen, wenn auch lieben „alten Bekannten“.

**Gastspiel Grete Sedlitz** („Zigeunerliebe“ und „Bajadere“). Um im Operettenstil zu denken: im Theater ist genau wie im Spital, nur grad umgekehrt. Je höher der Behandelnde die Fieberhitze der Patienten zu treiben weiß, umso wohler fühlen sich diese und vice versa. Doch selbst ohne das vorausgegangene so erfolgreiche Gastspiel von Frau Milowitsch hätte Frau Sedlitz schweren Stand gehabt und kaum besser abgemessen. Schon nach ihrem Auftreten in „Zigeunerliebe“ wußte man, daß sie keine „Bajadere“, keine erste Operettenlängerin für Prag sei. Alles (angenommen die Tänze) gerät zwar im großen und ganzen der Situation entsprechend, aber vollkommen farblos, unpersönlich und oft hart und kühl. Stimme ist vorhanden, der Gesang leidet jedoch unter endlosem Tremolo und dem Mangel innerlicher Resonanz. Dem Tanz der Gastin kann man dagegen nicht einmal annäherndes Gelingen nachrühmen; denn sie hat weder rhythmisches Gefühl und mimisches Temperament im Leibe, noch überhaupt eine kultivierte bünenwirksame Geste. Selbst ihre Kleidung war unvorzeilhaft. Einen sehr gefährlichen Konkurrenten hatte sie in ihrem Partner, Herrn Jilling, der trefflich disponiert, an beiden Abenden gerade mit jenen Vorzügen brillierte, die man an Frau Sedlitz vermisse. Auch die Leistungen der übrigen Darsteller, besonders die auf die Reinszenierung der „Zigeunerliebe“ verwendete Liebesmühle seien anso anerkannter hervorgehoben, als sich letztere kaum lohnen dürfte.

**Premiere „Der Günstling der Jarin“.** Robert Winterbergs große Operette „Der Günstling der Jarin“ gelangt Sonntag zur Prager Erstaufführung. Das melodische Werk, dessen von Heinrich Kessler und Hermann Feiner nach einem Stöbierschen Lustspiel verfasste Libretto, ausgehend von der historischen Anekdote von den Poieminschen Dörfern, ein romantisch-buntes und lebensvoll bewegtes Bild der Liebeswirtschaft am Hofe der großen Kaiserin Katharina der Zweiten entrollt, wird seit Wochen mit größter Sorgfalt unter Spielleitung Louis Labers und musikalischen Leitung Helfried Schroll's vorbereitet. Kartenverkauf ab heute.

**Sonntag-Nachtvorstellung** Gastspiel Wladimir Burian—Hans Valder. Samstag, 10 Uhr nachts, Premiere der tragikomischen Bajazade „Colombine“ von Erich Korn und des Dramolettes „Die Spekulanke“. Den heiteren Teil des Programms bestreiten diesmal der Prager Komiker Wladimir Burian mit einem durchwegs neuen Repertoire und Hans Valder mit neuen Liedern zur Laute.

**Neues Theater.** Heute „Papa“; Mittwoch, Anfang halb 8 Uhr, „Eiga“; Donnerstag, „Jauberslöte“ mit A. Aramesco von der Wiener Staatsoper als Tomino; Freitag „Rigoletto“; Samstag neustudiert: „Das Dreimäderlhaus“, 10 Uhr: Nachtvorstellung.

Die letzten zwei Vorstellungen des „Blauen Vogels“. Heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, wird

sch das russisch-deutsche Künstlerensemble „Der blaue Vogel“ vom Prager Publikum verabschiedet. Eine Verlängerung des Gastspiels ist leider nicht mehr möglich, da das Ensemble bereits in den nächsten Tagen eine Tournee nach Spanien antritt.

**Kleine Bühne.** Mittwoch Vereinsvorstellung „Der Clown Gottes“; Donnerstag „Man kann nie wissen“; Freitag „Casanovas Sohn“; Samstag Frank Webedinks „Kunst“ mit Leopold Kramer als Gast in der Rolle des Professors und Sonik Kainer in der Rolle der Lara Bühnertwadel; Sonntag nachmittags „Casanovas Sohn“, abends Gastspiel Blanche Dergan „Marissas heißes Herz“.

### Aus der Partei.

**Bezirkskonferenz in Braunau.** Sonntag, den 28. d. tagte im Gasthaus des Herrn Hoffmann die Jahreskonferenz der sozialdemokratischen Partei des Bezirkes Braunau. Anwesend waren 84 Delegierte. Als Vertreter des Kreises ist Gen. Krejci erschienen. Die Verhandlungen, welche von vormittags 10 Uhr bis abends halb 6 Uhr andauerten, wurden in überaus sachlicher und doch mitunter recht lebhafter Weise gepflogen. Aus den Berichten der Funktionäre geht hervor, daß — trotz der wütenden Zerstörungsarbeit durch die Kommunisten — die Partei im vergangenen Jahre stärker geworden ist. Starke Diskussionen löste vor allem der Bericht des Vertreters der Arbeitersportbewegung aus. Ebenso knüpfte sich an das Referat des Gen. Marx über „Partei und Genossenschaft“ eine rege Debatte, die eine Klärung unseres Standpunktes zum Braunauer Konsumverein herbeiführte. Die Wahlen wurden ziemlich rasch erledigt. Zum Bezirksvertrauensmann wurde Gen. Franz Patsch, Salzburg gewählt.

### Turnen und Sport.

#### Weltmeisterschaften im Kunstlaufen in Wien.

Wien, 28. Jänner. Bei dem gestrigen und heutigen Meisterschaftsmeeting wurden in der Weltmeisterschaft Kachler (Wien) erster, Böckl (Wien) zweiter und Sandal (Stockholm) dritter. In der Damenmeisterschaft Frau Blank (Wien) erste. Im Herrenseniorenfahren Blanche (München) erster, Czech (Olmütz) zweiter. Im Damenjuniorfahren Frau Wulff (Berlin) erste. Im Paarfahren Fräulein Liess Metzner und Oskar Hoppe (Troppau) erste.

**Sonntags-Fußballresultate.** San Sebastian: Spanien gegen Frankreich 3-0 (1-0); Paris U.C. Budapest gegen Red Star und Olympic lomb. 3-2; Wien: Meisterschaft 1. Kl.: Amateure gegen Gertha 3-1 (3-0), 15.000 Zuschauer, W.N.F. gegen Vienna 4-3 (3-1), Pilsa vom W.N.F. zog sich einen Beinbruch zu; Sportklub gegen Hakoah 4-2; Stand der Meisterschaft: Amateure 19, Rapid 18, Admira 14, Wacker 13 Punkte. Düsseldorf: Westdeutschland gegen Mitteldeutschland 5-0 (1-0); München: Sp.V. Fürth gegen Sp. München 2-1 (1-0), verdienter Sieg der Fürther, 15.000 Zuschauer.

#### Mitteilungen aus dem Publikum.

#### Chinesisches Mahl.

Jrgend einer untrer Reiseschriftsteller — Oesterreich oder Nichtsofen oder Sven Hedin, vielleicht auch Robert Jacques „auf dem chinesischen Fluß“ — erzählt einmal von einem chinesischen Gastmahl mit seiner unenlichen Folge von unbedenkbaren, aber trotzdem sehr leckeren Speisen, die ihn um seinen Magen besorgi machten. Er fragt darum den Gastgeber: „Sind denn nicht alle Chinesen, die gewohnt sind, so zu speisen, magenkrank?“ Der aber schüttelt lächelnd den Kopf: „Wir haben ja den Tee! Er macht alles wieder gut! Nach schweren Gerichten trinkt man ihn stark, nach leichteren schwach; und immer in großen Mengen.“

Darum folgt man diesem Beispiel nicht auch bei uns! Haben wir nicht auch den Tee! Und zwar die berühmtesten und ebsten Teesorten aller Probenenzen, in vollendeter Zusammenstellung, wenn wir zu den Verbrauchern von Tee „Marke Teekanne“ gehören. Wer diesen Tee und seine Spezialmischungen einmal versucht hat, bleibt ihm treu. Aber nicht nur, weil er uns stets hilft, unser Körperliches und seelisches Gleichgewicht wieder herzustellen, sondern auch, weil aus seinen aparten Seitenmotiven allerlei Süßes zu schaffen ist, das den Reiz der Erscheinung und die Gemütlichkeit des Heims steigert. Und wer weiß, ob es nicht Frauenehregeiz ist, einen Preis bei dem Preisauschreiben von „Marke Teekanne“ zu erringen. 1128

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag, für den Druck verantwortlich: O. Polka.

### Die Volksbuchhandlung Stadt- und Dorf-gemeinde fordern

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. **Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.** Die Beantwortung einer Unmenge von Verwaltungsfragen. **Romans Taschenbuch für Romantiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der **Buchhandlung Freiheit** Republik-Schönau Theresienstraße 14